

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

68 (28.3.1950)

UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 2, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 433 35. Chefredakteur: Hermann Jerrtrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2349. Vertriebsstellen: Offenburg Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Russenstraße 4.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einsch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,08 zuz. DM -84 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 29. Anzeigenpreise: Anzeigenpretisliste 3. Anzeigen werden entgegenkommen in all. Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 68

Dienstag, 23. März 1950

Preis 15 Pfg.

Frankreichs Häfen stillgelegt

Paris. Alle größeren französischen Häfen lagen am Montag still, da die französischen Hafenarbeiter der Parole des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes folgten und in einen 24stündigen Streik traten. Der Streik ist eine Protestmaßnahme gegen die Verhaftung von drei Gewerkschaftsführern in Marseille.

In Algerien haben die Hafenarbeiter für ihre marseiller Kollegen einen Sympathiestreik verkündet.

Der vierwöchige Streik in der französischen Metallindustrie und anderen Industriezweigen hat zu einem beträchtlichen Anwachsen der Haldenbestände der Kohlenindustrie geführt, besonders in Nordfrankreich, wo 36 000 Bergarbeiter vorübergehend feiern mußten. In der Metallindustrie befinden sich gegenwärtig etwa 135 000 Arbeiter, in der Baubranche etwa 100 000 und in der chemischen Industrie etwa 40 000 Arbeiter im Ausstand. Die fünf Pariser Staatstheater blieben am Montag wegen des Streiks der Bühnenarbeiter geschlossen.

(Nach Reuters)

Sie haben sich durchgesetzt

Paris. (EB) Nachdem die Arbeiter der Pariser Gas- und Elektrizitätswerke eine Lohnerhöhung zugestanden erhielten, haben sie auf Beschluß ihrer Gewerkschaft die Arbeit wieder aufgenommen. Ueber zwei Wochen sind sie im Streik gestanden.

1500 Fordarbeiter brotlos

Paris. (EB) Die Ford-Automobilwerke in Paris haben 1500 Arbeiter entlassen. Die Direktion behauptet, wegen Mangels an Rohstoffen und sinkender Nachfrage zu dieser Maßnahme gezwungen zu sein, und forderte starke Polizeikräfte an, die die aufgebracht Arbeiter am Betreten des Werkgeländes hindern sollen.

Streikankündigung der Italienischen Eisenbahner

Rom. Die Italienische Eisenbahnergewerkschaft hat am Sonntag beschlossen, alle Eisenbahner für Dienstag zu einem sechsständigen Generalstreik aufzurufen, falls ihre Lohnforderungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht erfüllt worden sind.

Auch der Koordinierungsausschuss der Beamten- und Angestellten hat sich für die Durchführung eines sechsständigen Streiks ausgesprochen, da die Regierung sich bisher nicht bereitgefunden hat, die Gehaltsforderungen der Beamten zu befriedigen.

Sämtliche Forderungen erfüllt

Erfolgreicher Streik des Italienischen Rundfunk-Personals

Rom. (EB) 3000 Arbeiter und Angestellte aller italienischen Rundfunkstationen führten am Sonntag einen Streik für höhere Löhne durch, der bereits am Sonntag erfolgreich beendet werden konnte, nachdem die Regierung sämtliche Forderungen der Streikenden erfüllt hat. Während des Streiks mußte der überwiegende Teil der italienischen Sender die Sendungen einstellen.

Tokio. 310 000 japanische Bergarbeiter sind am Sonntag zur Unterstützung ihrer Lohnforderungen in den Streik getreten, da die Lohnverhandlungen, die nach dem letzten dreitägigen Streik der Bergarbeiter am 10. März aufgenommen wurden, an der unannehmlichen Haltung der Unternehmer gescheitert sind. Der Streik ist vorläufig auf sieben Tage befristet.

Am Streiflicht gesehen

Explodierender Sprengkörper tötet vier Kinder

Itzehoe. (dpa) Durch die Explosion eines Sprengkörpers wurden in der Nordsee Heide bei Itzehoe (Schleswig-Holstein) vier Kinder getötet. Zwei Kinder wurden außerdem schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Eins von ihnen schwab in Lebensgefahr. Nach Mitteilung der Kriminalpolizei Itzehoe haben die Kinder wahrscheinlich mit dem Sprengkörper gespielt. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Bielefelder Radiumkapsel wiedergefunden

Bielefeld. (dpa) Die im Bielefelder Krankenhaus abhandeln gekommene Radiumkapsel wurde wiedergefunden. Sie enthielt 90 Milligramm Radium im Wert von 10 000 Mark. Die Kapsel war einer Patientin in den Darm eingeführt worden, auf natürlichem Weg verlorengegangen und in die Kanalisation gespült worden.

Nachdem die städtischen Kläranlagen eine Woche lang durchsucht worden waren, sprach das herbeigeholte Spezialgerät plötzlich an, als wenige Meter vor dem Hauptportal des Krankenhauses ein Erdloch ausgehoben wurde, um von hier aus die Rohrleitungen mit Wasserdruck auszuspülen.

Flugzeug explodiert

Singapur. Ein RAF-Flugzeug vom Typ „Sunderland“ explodierte am Sonntag vor Singapur über der Straße von Johore. Zwei Mann der Besatzung werden vermißt. Neun weitere wurden verletzt.

Kaffeeschmuggler-Prozess von Prüm enthüllt Lockspitzelmethode

Prüm. (dn) Im Kaffeeschmugglerprozess von Prüm wurden nach achtstündiger Beratung des Gerichtshofes von den 24 Angeklagten sechs zu Gefängnisstrafen von einem bis zu drei Monaten verurteilt. Gegen diese sechs sowie elf weitere Angeklagte wurden Geldstrafen in einer Gesamthöhe von 20 150 DM verhängt. In drei Fällen gelten die verhängten Geldstrafen durch die Unverschämtheit als verbüßt. Gegen sechs An-

Das muß überall auch bei uns geschehen!

Nürnberg bereitet die Unterschriftensammlung für den Frieden vor

Die Nürnberger Friedensfreunde haben durch ihre Aktionen für den Frieden der westdeutschen Bevölkerung schon so manches Beispiel gegeben. In aller Erinnerung ist noch die Protestdemonstration der Nürnberger Frauen gegen die Herstellung von Kriegsspielzeug und dessen Auslieferung und Verkauf auf der Nürnberger Spielzeugmesse. Bei dieser Demonstration schützte die Polizei auf Befehl des Oberbürgermeisters die Interessen der profitgierigen Kriegsspielzeugfabrikanten. Sie ließ es zu, daß die Frauen von den Beschimpfungen und ging sogar gegen die Frauen vor, die unbeirrt ihre Transparente hochhielten. Auf höheren Befehl zerrissen die Polizisten die Plakate und brachten die Frauen mit Gewalt auf die Wache.

Das Friedenskomitee Nürnberg, das die mutige Sprecherin der demonstrierenden Frauen, die Stadträtin Frau Annl Finger, in sein Präsidium wählte, will nun durch die Unterschriften-Sammlung für den Frieden, die die Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland vom 9. April bis 1. Mai durchführen, der Polizei und der Stadtverwaltung eine Antwort geben. Es wurde ein Aktionsausschuß gebildet, der sich das Ziel setzte, von einem Drittel der Wahlberechtigten Bürger Nürnbergs die Unterschrift für den Frieden zu sammeln.

Der Aktionsausschuß für die Unterschriftensammlung hat in jedem Stimmbezirk der Stadt einen Friedenskämpfer beauftragt, die Sammlung von Straße zu Straße zu organisieren. Das Friedens-Komitee

wird die einzelnen Beauftragten in den Zeitungen durch Plakatanschlag mit dem Namen und Adresse bekannt geben. Es wird die Friedensfreunde auffordern, sich aktiv an der Sammlung zu beteiligen und sich bei dem Beauftragten ihres Stimmbezirks zu melden. Die dem Friedenskomitee angeschlossenen Organisationen, wie Deutsche Friedensgesellschaft, Freie Deutsche Jugend und VVN haben bereits ihre Mitglieder aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen und sich ausnahmslos dem Beauftragten für die Sammlung in den Stimmbezirken zur Verfügung zu stellen.

Der Kreisvorstand der Kommunistischen Partei beschloß, jedes Mitglied zu verpflichten, sich eine Aufgabe von dem Beauftragten übertragen zu lassen und sich vorbildlich an der Aktion zu beteiligen. Auf der Sitzung des Friedens-Komitees am 23. 3. ergab sich, daß den Beauftragten für die Sammlung in den Stimmbezirken genügend Kräfte zur Verfügung stehen werden, um Sammelgruppen von 2-3 Friedenskämpfern für jede Straße bzw. jeden Straßenteil zu bilden, die in der Zeit vom 9. April bis 1. Mai jede Wohnung besuchen werden.

Das Büro der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland hat zugesichert, daß Sammelstellen, Plakate, Klebstreifen, Friedenstraktate, Anstecknadeln, illustrierte Zeitungen am 1. April bei dem Aktionsausschuß für die Unterschriftensammlung in Nürnberg angeliefert werden, so daß bereits in der Woche vor Ostern mit der Propaganda in den Stimmbezirken begonnen werden kann.

Die gründliche Vorbereitung der Unter-

schriften-Sammlung, der Ehrgeiz der Kämpfer für den Frieden in Nürnberg, an der Spitze der Friedensbewegung in Westdeutschland zu stehen und schließlich die Erbitterung über die brutale Mißhandlung der Frauen durch die Polizei, als sie gegen das Kriegsspielzeug demonstrierten und der Wille, das Recht auf freie Meinungsäußerung durchzusetzen, wird der Unterschriften-Sammlung in Nürnberg einen großen Erfolg sichern.

Die Nürnberger Friedensfreunde sind sich aber auch im Klaren, daß aus der gründlichen Vorbereitung der Sammlung und aus der späteren systematischen Auswertung eine feste Organisation der Kämpfer für den Frieden hervorgehen wird.

Man wird die Aktivisten der Friedensbewegung an ihrem Eifer und an ihrem Geschick, mit der sie an der Sammlung teilnehmen, von den Schönrednern und Plänemachern unterscheiden lernen. Die Sammler werden mit einer großen Anzahl von Menschen ins Gespräch kommen. Sie werden die wirklichen Freunde des Friedens und die, welche bereits Opfer der Kriegsvorbereitung und Kriegshetze geworden sind, kennen lernen. Sie werden die Namen derjenigen erfahren, die in ihrem Stadtteil die Menschen zur Völkerfeindschaft, zur Remilitarisierung und gegen die Sowjetunion aufhetzen und sie als Verderber der Menschheit an den Pranger stellen.

Die planmäßig durchgeführte Unterschriftensammlung und ihre spätere Auswertung wird den Nürnbergern die Grundlage geben, einen organisierten Kampf für den Frieden in jedem Stadtteil, ja in jeder Straße zu führen.

„Nationale Front muß zur politischen Aktion werden“

Otto Grotewohl zur Lebensfrage unseres Volkes

Leipzig. (EB) Ministerpräsident Otto Grotewohl erklärte in seiner Rede in der Leipziger Kongreßhalle anlässlich der Umbenennung des Großkraftwerkes Böhlen in Großkraftwerk „Otto Grotewohl“ nach Dankesworten für die ihm zuteil gewordene Ehrung über die Aufgaben der Nationalen Front:

„Wir müssen dafür sorgen, daß die Aufklärung der Nationalen Front zu einer weitläufig sichtbaren politischen Aktion wird. Die politischen Kampffragen müssen frei und einheitlich vor dem deutschen Volk stehen: Wie-

derherstellung der Einheit Deutschlands, Gewährung eines gerechten Friedensvertrages und Abzug der Besatzungsmächte.“ Seien diese Voraussetzungen geschaffen, fuhr Grotewohl fort, dann werde als nächster Schritt der Wirtschaftsaufbau einsetzen. Es könne sein, daß noch einige Zeit vergeht, bis diese politischen Forderungen durchgesetzt sind. Das deutsche Volk wisse aber auch, daß es nicht mehr allein in der Welt dasteht, sondern in der Sowjetunion, der Volksrepublik China

und den Volksdemokratien wahre Freunde gefunden hat.“

Unter stürmischem Beifall der Werktätigen schloß der Ministerpräsident: „Wir wissen, wo heute unser Platz steht, nämlich im Lager des Sozialismus, der vom friedlichen Aufbau lebt. Darum ist die Sowjetunion der stärkste Garant des Friedens. Darum sind die Länder der Volksdemokratie bis nach China jene Völker, die mit ihrem neuen Wirtschaftssystem auf dem Fundament des Friedens stehen. Auch das deutsche Volk will den Frieden.“

Dr. Böckler unter Druck der Arbeiter

Erhöhung der Löhne notwendig

Düsseldorf. (EB) Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Böckler, gab in einem Presseinterview bekannt, daß die einzelnen Industriegewerkschaften Forderungen auf höhere Löhne stellen werden. Der Preisrückgang für lebenswichtige Güter sei nicht in dem erwarteten Umfang eingetreten, sondern es habe sich im Gegenteil auf dem Ernährungssektor in letzter Zeit wieder eine steigende Preistendenz bemerkbar gemacht.

Durch eine Lohnerhöhung, erklärte Dr. Böckler, müsse die „Lohn-Preis-Schere“ zusammengedrückt werden.“ Der DGB-Vorsitzende appellierte an die „Einsicht der Unternehmer, Lohnerhöhungen zuzustimmen und es nicht zu Lohnkämpfen kommen zu lassen, die sonst unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Machtmittel geführt werden müßten.“

Nur die fortgesetzten Protestversammlun-

gen der Betriebsarbeiter gegen den Verelanderungskurs der Unternehmer- und Adenauerpolitik, die vielen Protestresolutionen, die der Vorsitzende des DGB aus den Betrieben erhalten hat, haben ihn bewegt, den Bankrott seiner bisherigen Konzeption einzugehen, daß die Preise fallen und daher eine Lohnerhöhung nicht notwendig sein werde.

Die Hoffnungen Dr. Böcklers an die Einsicht der Unternehmer werden sich sehr schnell als falsch erweisen. Die „Arbeitsgemeinschaft der Unternehmensverbände“ oder besser gesagt der „Reichsverband der deutschen Industrie“ bereitet mit dem Wirtschaftsminister Erhard und dem Wirtschaftssachverständigen der Hohen Kommissare einen Angriff auf Löhne und Gehälter vor. Es ist höchste Zeit, daß die Industrieverbände der Gewerkschaften die Lohntarife kündigen und durch Kampf eine Erhöhung erzwingen. Nur wenn umfassende Vorbereitungen und sämtliche gewerkschaftlichen Machtmittel in die Waagschale geworfen werden, können sich die Arbeiter und Angestellte höhere Löhne und Gehälter erringen.

Demokratischer Frauenbund in Westdeutschland

DFD über die Zusammenarbeit mit den westdeutschen Frauen

Berlin. (EB) Auf der Konferenz des DFD Berlin gab die erste Vorsitzende des DFD Elli Schmidt bekannt, daß man auch in Westdeutschland den Beschluß gefaßt habe, einen demokratischen Frauenbund zu bilden, der eng mit der Deutschen Demokratischen Republik zusammenarbeiten will.

„Wir wollen uns zusammen mit den Frauen in Westdeutschland dafür einsetzen, daß ein neuer Krieg verhindert wird. Wir geloben in den Herzen der deutschen Frauen noch stärker die Freundschaft mit der Sowjetunion zu verankern und wachsam zu sein gegen die Kriegshetze.“

Elli Schmidt rief abschließend aus: „Der DFD wird im Jahre 1950 zu einer Millionen-Organisation anwachsen. Vorwärts an der Seite der Nationalen Front für ein ein-

heitliches Deutschland und Berlin als Hauptstadt Deutschlands!“

Deutsch-polnische Gesellschaft für Friede und gute Nachbarschaft

Berlin. (EB) Die Teilnehmer der Konferenz der Helmut von Gerlach-Gesellschaft faßte in Berlin den Beschluß, der Helmut von Gerlach-Gesellschaft für Friede und gute Nachbarschaft zu geben. Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, wurde gebeten den Ehrenvorsitz über die Gesellschaft zu übernehmen.

Die Teilnehmer der Arbeitskonferenz protestierten gegen die Willkürmaßnahmen der britischen Besatzungsbehörde, die den Deutschen aus Polen die Einreise zu ihren Angehörigen in den Westzonen verweigert.

Die Gefallenenkartei ist da

Berlin. (EB) „Wir können Auskunft geben, wir haben aber noch längst nicht allen Auskunft gegeben.“ Das erklärte jetzt ein Angestellter der Gefallenenkartei in Waidmannslust telefonisch der Zeitung „Neues Deutschland“. Die Kartei ist also wirklich da, sie gibt aber keine Auskunft. Die Unterschlagung der mehr als eine Million Namen von Gefallenen, die die Kartei enthält, wie auch die also völlig unnötige Registrierungsaktion der Bonner Protektorsverwaltung dienen nur dem Zweck, die einfachen Menschen von der Erkenntnis der immer deutlicher zutage tretenden kolonialen Versklavung Westdeutschlands abzulenken und eine Haß- und Kriegsschneise gegen den Eckpfeiler des Weltfriedens, die Sowjetunion, zu erzeugen. Alle friedliebenden Menschen fordern daher: Schluß mit der Kriegshetze, heraus mit den Gefallenlisten!

Spekulation auf die Dummheit

„Kurzfristige Bedeutung“ des McCloy'schen Propagandabluffs

Aus Anlaß der Konferenz der amerikanischen Diplomaten in Rom gab die Höhe amerikanische Kommissar McCloy eine Erklärung vor deutschen Pressevertretern, in der er zugab, daß die Deutschlandfrage auf der Tagesordnung gestanden habe, jedoch die Demontage und die Remilitarisierung nicht (!) behandelt worden seien. Bei dieser Gelegenheit erklärte McCloy: „Ich kann nicht begreifen, wie freie Wahlen eine Versklavung des deutschen Volkes mit sich bringen sollen.“ Als Vertreter des amerikanischen Monopolkapitals wird McCloy immer bestreben, daß es unter dem Kapitalismus überhaupt eine Sklaverei gibt. Die Kolonial- wie Lohnsklaverei werden von Politikern seines Schlages als unantastbare Bestandteile westlicher Freiheit betrachtet. Deshalb kann er sich vorstellen, daß es in einem zerrissenen Deutschland, dessen größerer Teil im Westen mit Besatzungs- und Ruhrstatut in einen Kolonialzustand geführt wurde, so etwas wie freie Wahlen geben könnte. Er kann sich auch vorstellen, daß freie Wahlen unter den Bajonetten der Besatzungsmacht stattfinden könnten. Er hält es mit freien Wahlen vereinbar, daß gewählte Abgeordnete durch eben diese Besatzungsmächte verhaftet und vor Gericht gezerzt werden, als ob sie gewöhnliche Straßendiebe wären. Uns wundert es aber nicht, daß McCloy so naiv tut. Er aber soll sich ruhig wundern, wenn all die Deutschen, die für ihre Heimat gegen Demontage, gegen Drosselung der Industrie und des Handels, gegen die Zerreißen Deutschlands, gegen die Kolonialherrschaft stehen, nicht dumm genug sind, auf den propagandistischen Köder anzubeißen, der da heißt: „Freie Wahlen.“

Die ehrwürdige Tante, der „Manchester Guardian“ hat den McCloy'schen Luftballon als Versuch einer Propaganda-Offensive „von kurzfristiger politischer Bedeutung, nicht zur praktischen Ausführung bestimmt“ bezeichnet. Es tut unseren amerikahörigen Politikern und Zeitungen weh, wenn „ihre“ Freie Wahlen als das gekennzeichnet werden, was sie sind, nämlich als Bluff. Wie argumentieren sie gegen Walter Lippman, der in der „New York Herald Tribune“ zu dem Schluß kommt: erst Einheit Deutschlands, dann gesamtdeutsche Wahlen? Er, der ihnen sonst gerne ein Kronzeugen in ihrer Propaganda der Selbstaufgabe Deutschlands im Interesse des anglo-amerikanischen Kapitals ist, soll plötzlich in einem Wolkenkuckuckheim sitzen, nur weil er dem Erfolg des Propagandaschwinds mißtraut.

Daß die Politiker im westlichen Lager so sehr in Verlegenheit sind, hat nicht nur seine Ursache in dem Flasko ihrer eigenen Politik die nirgends deutlicher als in Westdeutschland sichtbar wird, sondern auch darin, daß sie sich den Erfolg der Nationalen Front in der DDR, der sich im Westen auswirken beginnt, eingestehen müssen. Es ist ihr Erschrecken vor der Nationalen Front, die in Westdeutschland Gestalt annimmt, was sie zu solch durchsichtigem Schwindel wie die angeblich „Freien Wahlen“ Zuflucht nehmen läßt.

Todeskandidaten gesucht

Atlantikpakt-Beratungen — Deutsche Wehrmacht auf der Tagesordnung

Den Haag. (EB) Unter dem Vorsitz des amerikanischen Stabschefs General Bradley begann heute früh eine Konferenz von führenden Militärs Westeuropas, auf der die Kriegsvorbereitungen konkretisiert werden sollen.

In amtlichen Kreisen Washingtons — so meldet die Deutsche Presseagentur — will man folgende Perspektive auf der Konferenz aufzuzeigen: Die USA übernehmen die strategische Luftkriegführung. Die europäischen Länder haben das Gros der Infanterie zu stellen. Die in letzter Zeit immer wiederholten Vorstöße in Richtung auf Zusammenstellung einer Söldnerarmee in Westdeutschland werden voraussichtlich als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung stehen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß diesmal die verschärfte

Remilitarisierungskampagne für Deutschland hauptsächlich im Ausland geführt werden ist. Nachdem die deutsche Bevölkerung in Ost und West unmißverständlich neue Kriegsbereitungen abgelehnt hat, wird sogar schon die „Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantikpakt“ auf dem Papier den Militärs auf der Haager Konferenz noch sehr viel Kopfzerbrechen bereiten.

Das Friedenskomitee in Den Haag veranstaltet am Freitag eine Protestdemonstration vor der amerikanischen Botschaft, in der die Konferenz stattfindet. Dem USA-Botschafter Chapin wurde ein Protestschreiben überreicht.

Kein Grund, die Propagandatrommel zu rühren

Bonn. (E. B.) Der leichte, kaum nennenswerte Rückgang der Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen, sei jahreszeitlich bedingt, heißt es in einem Bericht des amerikanischen Hohen Kommissars. Das milde Wetter gestattete eine Belebung der Bauindustrie und in der Landwirtschaft. Bayern profitierte am meisten davon. Es ist bezeichnend, daß in Städten wie Hamburg und Bremen die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen ist.

Unter vielen schwarzen, ein weißer Rabe

Aschaffenburg. (dpa) In einer CSU-Versammlung in Laufach befrwortete der bayerische Justizminister und stellvertretende Ministerpräsident, Dr. Josef Müller einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Bundesrepublik mit der DDR. Die deutschen Politiker müßten nüchterner sein. Sie dürfen nicht aus ideologischen Gründen auf die Vorteile eines uneingeschränkten gegenseitigen Handelsverkehrs verzichten.

Hamburg-Shanghai

Selbst in einer solchen Zeitung wie „Die Welt“, britisch kontrolliert und also Sprachrohr des britischen Imperialismus in Deutschland befinden sich bemerkenswerte Worte über die Möglichkeiten, die der deutschen Wirtschaft sich eröffnen, wenn allein schon die Währungsunion in unserem Vaterlande hergestellt wird. Der Artikel, auf den wir uns beziehen, war aus Anlaß des Angriffs auf die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank in Berlin geschrieben, dessen Zeuge wir Mitte März gewesen sind. Der Artikelschreiber gibt zu, daß die Herabsetzung des Kurses der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank durch die Wechselstube der Reuter, Suhr und Friedensburg die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in keiner Weise getroffen hat. Die Betroffenen waren die Geschäftsleute in Westberlin. Und so notiert der Artikelschreiber dann auch ein „Gerücht“, „das eine sonderbarer Weise wenig beachtete“, „daß Westberliner Industrielle eine einheitliche Währung für Berlin fordern, weil noch so weitgehende Notstandsmaßnahmen die ungunstigen Auswirkungen des Kurseinbruchs nicht aufheben könnten.“

Welche einheitliche Währung käme da wohl in Frage? Nur die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank. Das gibt auch der Verfasser des Artikels zu. Und er kommt dann auf „die Verlockungen einer Großraumwirtschaft Hamburg-Shanghai“ zu sprechen, die im Zusammenhang mit der Leipziger Messe ihre besondere Aktualität erlangen. Und er fährt fort:

„Unleugbar bieten sich nicht nur für die Westberliner Wirtschaft in einem währungsrechtlich einheitlichen Raum Hamburg bis Shanghai große Möglichkeiten.“

Das scheint dem Verfasser nur eine Seite der Angelegenheit zu sein, und er forscht nun nach der anderen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Verhältnisse gegenüber der Zeit vor 1933 sich wesentlich geändert haben. Das ist unleugbar. Wie aber begründet er seine These: Das politische Kräftefeld sei ein anderes, sagt er. Und dann:

„Auch ist dieser Großraum auf Westberlin und Westdeutschland weit stärker angewiesen als es früher die Sowjetunion war.“

Der Artikelschreiber verweist darauf, daß „zur Wiederinbetriebnahme des Kraftwerkes Klingenberg die westsektorale AEG herangezogen“ worden sei.

Selbst wenn man sich hier auf seinen Standpunkt stellt: Ist es nicht großartig, daß Waren, die man in Westdeutschland erzeugen könnte, Absatz finden würden in dem weiten Raum von Hamburg bis Shanghai, wenn man es nur wollte? Dort nämlich besteht ein Bedürfnis für sie. Jetzt leidet die westdeutsche Wirtschaft schwer an ihrer Verknüpfung mit Amerika, die ihr das riesige Arbeitslosenerhebeschert. Denn Amerika das uns seine Marshall-Güter schickt, hat keinen Bedarf an deutschen Waren.

Der Artikelschreiber meint zum Schluß: „Soweit sich für den Westen Chancen bieten, wird man diese aber kaum nutzen können, wenn man sich unter Druck setzen läßt.“

Es gibt nur eine Möglichkeit, die Chancen zu nutzen, die sich der deutschen Wirtschaft bieten, durch den innerdeutschen Handel und durch den Handel mit dem Osten. Wir müssen uns von dem Druck befreien, unter dem wir in Westdeutschland leben, und der in drei Worten ausgedrückt werden kann: Besatzungsstatut, Ruhrstatut und Marshallplan. Sie müssen fallen! Dann wird der einheitlichen deutschen demokratischen Republik der Weg gebahnt sein. Mit ihrer Regierung heißt es dann, einen gerechten Frieden schließen, und die Besatzung muß ein Jahr danach aus Deutschland abziehen. Das sind Kampfziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Um sie zu verwirklichen, müssen Kampfausschüsse der Nationalen Front in allen Städten und in allen Betrieben entstehen. I.H.

HO-Preise um 30 Proz. gesenkt

Berlin. (EB) Eine Senkung der Preise für Lebensmittel, Textilien und sonstige Industriewaren der HO um durchschnittlich 30 Prozent, gab der Direktor der staatlichen Handelsorganisation, Paul Händer, am Sonnabend bekannt.

Wen wählen wir in die Leitungen der Grundeinheiten?

Von Ferdinand Schindler

Viele unserer Genossen, wenn sie nach Feierabend zusammensitzen, fragen sich besorgt, werden wir es schaffen, werden wir unsere Partei auf die Höhe bringen, die nötig ist, daß wir Deutschland vor dem Untergang in eine neue Barbarei retten? Lenin und Stalin sagen uns, daß die Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus eine Partei neuen Typus haben muß, wenn sie ihren Kampf siegreich bestehen will.

Diese Partei neuen Typus muß die Vorhut der Arbeiterklasse sein, d. h. sie muß die Massen führen, und dazu ist es notwendig, daß „sie mit der revolutionären Theorie, mit den Kenntnissen der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung gewappnet ist“. Sie muß ein organisierter und disziplinierter Trupp des Proletariats sein. „Sie muß in die Massen den Geist der Disziplin, der Planmäßigkeit der Organisation und die Ausdauer hineintragen“. Die Partei muß sich stärken, indem sie sich von opportunistischen Elementen säubert.

Das sind einige wesentliche Grundsätze der Partei neuen Typus, die es im Verlaufe der Diskussion um die ideologische Resolution zu verwirklichen gilt, einer Partei, die wirklich in der Lage ist, die Massen in den Kampf zu führen. Zur Erfüllung der großen Aufgaben, die heute vor uns stehen, brauchen wir vor allem Menschen, die in der Lage sind, diesen Kampf zu organisieren, die Massen zu erziehen, anzuleiten und zu führen.

Alle Mitglieder der Kommunistischen Partei müssen solche Menschen sein, insbesondere aber die Mitglieder unserer Leitungen. Um dies zu erreichen, soll laut Beschluß der 14. Tagung des Parteivorstandes in den kommenden Monaten die Neu-

wahl unserer Leitungen vorgenommen werden. Besonders wichtig ist die Neuwahl der Leitungen in unseren Grundeinheiten.

Welche Funktionen müssen wir nun in die Leitungen unserer Partei wählen?

1. Es sollen solche Genossen gewählt werden, die politisch klar und der Partei treu ergeben sind, die in der gesamten Parteidiskussion bewiesen und bewisen haben, daß sie für die Durchsetzung der Linie und Beschlüsse der Partei kämpfen. Es sollen disziplinierte Genossen sein, die fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehen.

2. die ohne Schwankungen zur Politik der Sowjetunion, der volksdemokratischen Länder und der Deutschen Demokratischen Republik stehen und dies auch in der Praxis bewiesen haben.

3. die in der Vergangenheit allen Feinden der Sowjetunion, der volksdemokratischen Länder sowie der Deutschen Demokratischen Republik, die auch die Feinde unserer Partei sind, innerhalb und außerhalb der Partei, energisch entgegengetreten sind. Nur solche Genossen sollen gewählt werden, die wachsam alle Feinde unserer Partei, die auch die Feinde der Arbeiterklasse sind, energisch bekämpft haben.

4. die in der Massenarbeit in den Gewerkschaften, in den Sport- und Jugendorganisationen Erfahrungen gesammelt haben. (Sinngemäß nach dem Referat des Genossen Sperling, auf der 14. PV-Tagung).

Wir müssen Funktionäre in unseren Leitungen haben, die keine Schwätzer sind, sondern solche, die in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie nicht hohle Phrasen dreschen, sondern wirkliche Arbeit leisten, die mit der Arbeiterklasse aus engste

verbunden sind, die nicht überheblich sind, die die Grundeigenschaften besitzen, die Genosse Stalin von einem Kommunisten verlangt, nämlich Klugheit, Beharrlichkeit und Ausdauer. Mut und Bescheidenheit. Wir wollen keine Handwerker haben, die routinemäßig ihre Arbeit erledigen, sondern solche Genossen in die Leitungen wählen, die beharrlich trotz aller Schwierigkeiten ihre Arbeiten durchführen, die nie die große Perspektive aus den Augen verlieren und bestrebt sind, täglich aus den Erfahrungen des Kampfes zu lernen, die sich auch bemühen, durch gründliches Studium der Theorie des Marxismus-Leninismus und der Dokumente der Partei ihr Wissen zu vergrößern. Begeisterungsfähige Genossen und Genossinnen mit großer eigener Initiative.

Die jetzige Parteidiskussion zeigte uns, wie wertvoll Kritik und Selbstkritik sind. Deshalb werden wir auch darauf achten müssen, solche Funktionäre zu haben, die in der Lage sind, sachliche Kritik zu üben, wie auch sachliche Kritik offen anzuerkennen. Wir werden auch darauf achten müssen, daß sie gegenüber ihrer eigenen Arbeit selbstkritisch eingestellt sind, daß sie gewillt sind, laufend ihre Arbeit zu überprüfen. Dadurch wird es möglich sein, Schwächen, Fehler und Mängel schnell zu überwinden. Deshalb werden wir:

5. besonders darauf achten, Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft in die Leitungen zu wählen, die diese Eigenschaften in besonderem Maße haben; und wir werden:

6. besonders junge Genossen in unsere Leitungen wählen, die begeisterungsfähig und allem Neuen aufgeschlossen sind. Dabei denken wir nicht daran, die alten Ge-

Adenauer will in Churchills Europakriegsrat

Jugend will nicht zu „Straßburg auf der Schanz“ sterben sie demonstriert für den Frieden beim Pfingsttreffen in der deutschen Hauptstadt Berlin

„Die wachsende Arbeitslosigkeit hat ihre entscheidende Ursache in der Spaltung Deutschlands, in der immer stärker werdenden Kontrolle und Drosselung der Wirtschaft und des Handels durch die ausländischen Imperialisten und der von ihnen durchgeführten Konkurrenzdemontagen“, heißt es in der Resolution der 15. Tagung des Parteivorstandes der KPD zur Gewerkschaftsbewegung.

Um die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu beseitigen, muß die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands wieder hergestellt werden, muß unser Außenhandel von der ausländischen Bevormundung und die westdeutsche Wirtschaft von der Herrschaft der ausländischen Imperialisten befreit werden.

Das sogenannte Arbeitsbeschaffungs-Programm der Adenauerschen Separat-Regierung spricht auch von der Beschaffung von Arbeitsplätzen, in Wahrheit aber geht es hierbei um andere Dinge. Im Auftrage des Monopolkapitals soll ein neuer Lohnraub an den Werktätigen durchgeführt werden. Mit allen Mitteln versucht das in- und ausländische Monopolkapital den schon zu niedrigen Lebensstandard der westdeutschen Arbeiter und Angestellten noch weiter her-

abzusetzen. Diesem Ziel soll auch das „Programm“ der Adenauer-Regierung dienen. Das bestätigt uns ein Bericht über das „Programm“ der Adenauer-Regierung ist. Im „Telegraf“ vom 21. März 1950 lesen wir: „Dabei müssen alle Beteiligten erhebliche Opfer bringen. Die Arbeiter müssen sich mit Sonderlöhnen begnügen.“

Das gleiche gilt auch für Westdeutschland. Doch die Millionäre wollen ihre Taschen füllen. Mehrere Hunderte von Millionen DM sollen mit Hilfe dieses Programms den Konzernkapitalisten zum Ausbau ihrer Betriebe neu zugeschanzt werden. Milliardenbeträge will die Spalterregierung, in der Hauptsache aus öffentlichen Mitteln, zu diesem Zweck aufbringen. Die Arbeitslosigkeit wird aber dadurch nicht beseitigt, ja nicht einmal wesentlich herabgesetzt, weil ja die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden. Selbst das von den Kapitalisten abhängige „Institut für Wirtschaftsforschung“, München, warnt vor einer Überschätzung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Adenauers.

In der Resolution der KPD zur Gewerkschaftsbewegung steht:

„Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird durch die sich verschärfenden Krisenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft eine weitere Verschärfung erfahren.“

Auch die Konzernkapitalisten sehen die verschärfenden Krisenerscheinungen. Deshalb wollen sie versuchen, ihre Profite durch die Politik der Kreditausweitung, also durch inflationistische Maßnahmen zu garantieren. Sie wollen das wiederholen, was der Finanzier des Hitler-Reiches Dr. Schacht schon einmal durchgeführt hat. Die Vorfinanzierung des sogenannten Arbeitsbeschaffungs-Programms, die jetzt von dem Zentralbankrat beschlossen wurde, ist der erste Schritt auf diesem Wege, und soll den

Kapitalisten neue Milliarden durch Kreditausweitung schenken und den Lebensstandard der Werktätigen herabsetzen. Die Arbeitslosigkeit aber bleibt. Im „Handelsblatt“ vom 18. März 1950 können wir lesen:

„Braunschweig befürchtet steigende Arbeitslosigkeit. Die Situation in Braunschweig ist fast noch schlimmer als in Watenstedt, erklärte ein Bundestagsabgeordneter unserem Bonner Vertreter hinsichtlich der schwierig gewordenen Lage in der dortigen Konserven-Industrie. Es müsse mit einer steigenden Arbeitslosigkeit im Rahmen dieser Fabriken gerechnet werden.“

Auch die „Wirtschaftsrevue“ vom 22. März 1950 schreibt: „Aus Rheinland-Pfalz wird ein Rückgang der Arbeitslosigkeit gemeldet, aber gleichzeitig ein starker Anstieg der Kurzarbeit, so daß von der Seite der Lohnsumme her praktisch eine Verschlechterung eingetreten ist.“

Der CDU-Arbeitsminister Storch ist ebenso wie seine Kollegen schon sehr kleinlaut geworden. Im Januar dieses Jahres schrieb er noch, daß innerhalb von sechs Wochen sich das neue „Programm“ auswirken werde, und eine wesentliche Herabsetzung der Arbeitslosigkeit zu erwarten sei. Die statistischen Berichte aus seinem Ministerium für die erste Märzhälfte zeigen aber nur einen ganz geringen Rückgang von etwas mehr als 1,5 Prozent der Arbeitslosenzahlen.

„Sind diese Arbeitslosenzahlen richtig?“, lautet die Überschrift eines Artikels in der „Deutschen Zeitung“ Stuttgart vom 15. Februar 1950. Dort heißt es:

„Es gibt seit jeher eine gewisse Zahl von unsichtbaren Arbeitslosen“, besonders aus dem Kreis der Nichtunterstützten und derer, die im Augenblick keine Aussicht sehen, beim Arbeitsamt eine Stellenzuweisung zu erhalten. Die Zahl dieser unsichtbaren Arbeitslosen ist heute unbekannt. In den Jahren 1928 bis 1935 war sie recht beträchtlich.“

Das „Programm“ der Adenauer u. Co. beseitigt nicht die Arbeitslosigkeit. Die von ihnen im Auftrage des inländischen Monopolkapitals geforderte ausländische Kapitalbeteiligung an der deutschen Industrie und die Verschärfung deutscher Betriebe an das Ausland vergrößert nur das Elend der westdeutschen Werktätigen durch die dop-

Zum Geburtstag der Lebensgefährtin Ernst Thälmanns

Berlin. (EB) Der Parteivorstand der SED richtete das folgende Glückwunschschreiben an Rosa Thälmann:

„Liebe Genossin Rosa Thälmann! Zu Deinem heutigen 60. Geburtstag wünschen wir Dir Glück und Gesundheit. Du hast nach dem schwersten Schicksalsschlag Deines Lebens, nach der Ermordung unseres Ernst Thälmann, mutig und selbstlos wie er Dich eingiebig in die Front des kämpfenden Proletariats, um nach Kräften an dem Werk zu schaffen, für das Ernst lebte, kämpfte und starb. Damit bist Du Dir selbst treu geblieben wie Du in den Jahrzehnten des Zusammenlebens mit Ernst ihm immer wieder eine treue aufrichtige Kameradin und in der schweren Zeit der Hitler-Barbarei unter den schwierigsten Bedingungen die lebendige Verbindung zur Außenwelt warst.“

Set an diesem Tage gewiß, daß Dein Kampf nicht vergebens war. Die Einheit der Arbeiterklasse, wenn auch nur in einem Teil Deutschlands, wurde zur Grundlage der Deutschen Demokratischen Republik und schuf damit die Voraussetzung für einen friedlichen Weg unseres Volkes mit der Familie freier, friedliebender Völker.“

Der Parteivorstand der SED Wilhelm Pleck Otto Grotewohl.“

Adenauer kann die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen

Seine Politik füllt den in- und ausländischen Millionären die Taschen

Bonn. (NL.) Adenauer setzt seine Geschäftigkeit und Geheimdiplomatie fort. Er hat hinter verschlossenen Türen auf dem Petersberg mit den drei Oberkommissaren den Eintritt des westdeutschen Protektors in den „Europarat“ vereinbart. Der Separatkanzler ist wütend darüber, daß diese Geheimverhandlungen hinter dem Rücken des Volkes, in der Öffentlichkeit bekannt wurden. Ohne den „Bundestag“ zu fragen, ohne die eigene Fraktion zu informieren, hat Adenauer bei seinem Befehlsempfang auf dem Petersberg den Anschluß Westdeutschlands an den imperialistischen Kriegseuroparat in Straßburg angenommen und dabei drei Wünsche geäußert.

1. sollen die „Hohen Kommissare“ oder ihre Regierungen erklären, daß sie den Eintritt Westdeutschlands in den „Europarat“ wollen. 2. Ist Adenauer bereit, in Straßburg gleichzeitig mit der separatistischen CDU- und SPD-Saarregierung Hoffmann-Kirn einzuziehen. 3. Ist Adenauer damit einverstanden, daß Westdeutschland in der „Beratenden Versammlung“ des „Europarates“ mitrednen darf. Er wünscht nur zugleich einen Beobachter in den Sitzungen des Ministerrates.

London und Paris haben den „außenpolitischen Zug“ Adenauers nach „Straßburg auf der Schanz“ begrüßt. Zuerst hat die Regierung Adenauer das Ruhrstatut geschluckt und dadurch das industrielle Herz Deutschlands an den anglo-amerikanischen Imperialismus ausgeliefert. Dann schlug

Adenauer ein Saarstatut vor, und ist jetzt bereit, die Loslösung des Saargebietes de facto und durch den gleichzeitigen Eintritt der Adenauer- und der Hoffmann-Regierung in Churchills Europakriegsrat die Annektion der Saar durch das französische Schwerkapital de jure anzuerkennen.

Durch den bevorstehenden Eintritt der westdeutschen Spalterrepublik und der Rechtsblock-Marionetten-Regierung in Bonn in den imperialistischen Europarat soll Westdeutschland als strategisches Aufmarschgebiet und Rollfeld für USA-Bomber zur Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gegen die Sozialistische Sowjetunion, gegen die Volksdemokratien und gegen die Deutsche Demokratische Republik den imperialistischen Kriegstreibern zur Verfügung gestellt werden. Die zwangsläufige Folge des Beitritts zum Europa-Kriegsrat ist die Remilitarisierung, die Aufstellung einer USA-Fremdenlegion im Dollarprotektorat Westdeutschland. Die Jugend in Westdeutschland soll der Kriegspolitik in Straßburg geopfert werden.

Doch die deutsche Jugend will nicht zu „Straßburg auf der Schanz“ sterben, sie will nicht für den anglo-amerikanischen und französischen Imperialismus die Kastanien aus dem Feuer holen. Die deutsche Jugend wird durch den machtvollen Friedensaufmarsch zu Pfingsten in Berlin der Welt zeigen, daß sie mit Freude und Begeisterung in der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands für die Einheit

und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes für den Frieden und für die Freundschaft mit der Sozialistischen Sowjetunion, mit den Volksdemokratien mit dem französischen, englischen, amerikanischen Volk und allen friedliebenden Menschen einen dritten Weltkrieg verhindern kann und verhindern wird!

Pressestimmen

Die Kommunisten haben recht — mit oder ohne Moskau

Die Kommunisten spielen Moskau Spiel. Und dennoch brachten sie hinterinander Argumente vor, die für den Rest der Versammlung höchst unangenehm waren und oft keine andere Antwort hervorriefen, als die üblichen Rufe: „Nach Moskau!“, „Hunde!“, „Gekaufte Elemente“ u. a. Eine Rede, wie die von M. Petinaud über die augenblickliche Höhe der französischen Löhne, eine Rede, in der er auslegte, daß ein sehr hoher Prozentsatz der Lohnempfänger weniger als 10 000 Franken (130 DM, d. Red.) im Monat erhält, und daß die französische Arbeiterklasse ein schlimmes Los habe, rief von der Regierung oder ihren Anhängern... keine vernünftige Antwort hervor...

Die Tatsache bleibt bestehen, daß ein großer Teil ihrer Kritik der Kommunisten, d. Red.) berechtigt war, und daß sie über große Berechnung verfügten, wenn es darum ging, zu zeigen, daß sie (die Kommunisten „Moskau“) in den Fußstapfen der großen Vorfahren in der französischen Revolution, d. Red.) treten. Genau so, wie sie in einer kürzlichen Debatte über Vietnam alle antikomunistischen Argumente mit großer Wirksamkeit zitierten, die in der Vergangenheit

pelte Ausbeutung. Das „Arbeitsbeschaffungs-Programm“ der Adenauer-Regierung soll die Taschen der Konzernkapitalisten auf Kosten der Werktätigen, denen der Reallohn noch tiefer gesetzt werden soll, erneut füllen. Die wachsende Arbeitslosigkeit ist das zwangsläufige Ergebnis der Marshallplan-Politik. Wer die Vollbeschäftigung herbeiführen will, muß gegen die imperialistische Politik des in- und ausländischen Monopolkapitals kämpfen. H.H.

Erpressung und Menschenraub

München. (E.B.) Auf dem Flugplatz Erding bei München landeten drei tschechoslowakische Passagierflugzeuge, mit insgesamt 85 Personen, Fluggäste und Personal. Die Maschinen waren mit dem Bestimmungsort Prag gestartet. Die Passagiere waren nicht wenig erstaunt, daß sie nach dem Westen entführt worden waren. Sie verlangten sofort ihre Zurückbringung nach der Tschechoslowakei.

Piloten von zwei der Flugzeuge hatten, ohne daß die Fluggäste es bemerkten, die Maschinen nach Westen gesteuert. Im dritten Flugzeug wurde der Pilot von einem Besatzungsmitglied mit vorgehaltener Pistole, nachdem der Bordmechaniker gefesselt worden war, gezwungen, den gleichen Kurs einzuschlagen.

Bei dem Flugpersonal handelt es sich um ein abgekartetes Spiel. Wir sind durchaus nicht überrascht, wenn wir in der bürgerlichen Presse bei diesem Fall kein Wort über Erpressung und Menschenraub lesen.

Es liegt ganz auf der Linie

Bonn. (EB) Eine völlige Neuordnung des Bankwesens in der Bundesrepublik wird gegenwärtig von Sachverständigen der Alliierten Hohen Kommission und der alliierten Bankkommission erörtert. Dabei wird erwogen, die elf Landeszentralbanken im Bundesgebiet in drei bis fünf Gruppen für jeweils ein bestimmtes Gebiet zusammenzufassen. Gleichzeitig überprüfen die Alliierten die Möglichkeit, die Privatbanken zumindest teilweise als Institute mit größerem Zuständigkeitsbereich als bisher zu gruppieren. Die früheren deutschen Großbanken sollen damit, wenn auch nur indirekt, wieder geschaffen werden.

Die Hintergründe

Bonn. (EB) Die Attacke der „Harzburger Front“, CDU-Abg. Dr. Schröter gegen den Minister Dr. Gericke und das Verlangen, ihn aus der CDU wegen parteiwidrigem Verhalten auszuschließen, weil er gegen die Verschmelzung der CDU mit der Deutschen Partei ist, hat andere Hintergründe, als zugegeben werden. Schröter erstrebt einen rechtsbürgerlichen Block, der sich von der linken Gruppe der CDU lösen will, um die Sammlung aller neofaschistischen Kräfte in Niedersachsen und Schleswig-Holstein durchzuführen zu können und will vorher alle linksgerichteten Kräfte der CDU ausschalten, um möglichst viele CDU-Kreise mit sich ziehen zu können.

nossen mit ihren reichen Erfahrungen im Klassenkampf auszuschalten. Die Aufgabe besteht, wie Stalin sagt: „nicht darin, sich entweder auf die alten, oder auf die neuen Kader zu orientieren, sondern darin, auf die Koordinierung und Vereinigung der alten und jungen Kader zum gemeinsamen Orchester der leitenden Arbeit der Partei... Kurs zu halten.“

Wir werden: 7. besonders auch Frauen in unsere Leitungen wählen, die nicht nur, wie das heute vielfach üblich ist, lediglich die Verantwortlichen für die Frauennarbeit in den Leitungen sind, sondern die entsprechend ihren Fähigkeiten in alle Funktionen gewählt werden sollen.

Gerade die Frauen haben immer wieder bewiesen und bewiesen es täglich, daß sie die besten, aktivsten und beharrlichsten Funktionäre sind, wenn sie einmal von unserer Idee überzeugt sind.

In unsere Leitungen sollen wir die aktivsten Parteiarbeiter wählen, sie sind die besten Repräsentanten einer kommunistischen Partei. Klug und beharrlich, mutig und bescheiden müssen unsere leitenden Genossen sein, sagte uns Genosse Stalin. Gibt es solche Funktionäre in unserer Partei, die diese Eigenschaften haben?

Wir sind überzeugt, daß es solche Menschen in unserer Partei gibt, sogar in großer Anzahl, wenn wir nur verstehen, sie zu finden. Deshalb gilt es mutig und kühn zu sein bei der Entwicklung und bei der Beförderung unserer Kader. Die Diskussion in den Grundeinheiten um die Resolution der 14. Parteivorstandstagung wird uns reiche Gelegenheiten geben, die richtigen Menschen zu finden, die in der Lage sind, auf ihrem Arbeitsgebiet die Aufgaben zu meistern und damit die Sache der Partei, d. h. die Sache der Arbeiterklasse einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tragen.

gegen Jules Ferry, den „Tonkinese“, benutzt wurden, so behaupteten sie in der Debatte über das Antisubstanzgesetz lediglich den Kampf weiterzuführen, der um 1894 wegen der Ausnahmegesetze gegen die Anarchisten durch Sozialisten wie Jaurès und Radikale (damals waren sie noch Radikale), um die Währungsunion geführt wurde. Naturgemäß wissen sie auch auf ihre Verdienste in der Widerstandsbewegung hin (es ist wahr, daß die meisten der kommunistischen Abgeordneten Männer mit großen Verdiensten darin sind) und auch auf die Tatsache, daß sie ungefähr die einzige Partei sind, von der nicht der Name eines einzigen Mitgliedes unter denen erscheint, die von Herrn Fan Co. (den Leiter der Korruptionsdelegation, d. Red.) dem Pariser Vertreter von Bao Dai, empfangen wurden...

Mit oder ohne Moskau haben die Kommunisten gute Gründe für ihre Kritik an der französischen Politik in Vietnam oder für ihre Enthüllungen über die geringen Löhne, die einem großen Teil der französischen Arbeiterklasse bezahlt werden oder über die Verhältnisse in den Glendvierteln von St. Denis. Die wirkliche Tragödie Frankreichs besteht darin, daß die Motive der Kommunisten sehr verächtlich sind (nur bei einem bürgerlichen Publizisten, d. Red.) und dennoch sind sie es und nicht die Sozialisten, die mit großem Mut „gerechte Sachen“ verteidigen...

Was nicht nur die Kommunisten, sondern die ganze Linke beunruhigt, ist die Frage, wie dieses und andere Gesetze angewandt werden sollen. Es war etwas wahres an dem Argument der Kommunisten, daß der freiwillige Einsatz von Truppen im Vorgehen gegen streikende Arbeiter geeignet wären, zu Zwischenfällen zu führen und damit jeden wirtschaftlichen in einen politischen Streik zu verwandeln...

Die Erfahrungen der letzten Tage waren nicht sehr beruhigend. Als ein Streik durch alle drei Gewerkschaftsorganisationen, von denen nur eine kommunistisch ist, in der Pariser Gas- und Lichtindustrie ausgerufen worden war, befahl die Regierung den Arbeitern der Kraftwerke sofort die Rückkehr und brach tatsächlich den Streik, obgleich dieser im Grunde unpolitisch war, da einige der Arbeiter lediglich 11 000 Franken (143 DM, d. Red.) verdienen wollten (ihre Zulage von 3000 Franken (39 DM, d. Red.) haben wollten)...

Der Kommunismus der Bourgeoisie ist oft nur ein Ausdruck ihres Hasses gegen die Arbeiterklasse.

Alexander Werth in „The New Statesman and Nation“, London

Eine versteckte Exportkontrolle? Lebhaftige Beunruhigung hat in westdeutschen Industriekreisen das alliierte Gesetz über die deutsche Atomkontrolle ausgeübt. Zahlreiche Apparate, die in Medizin und Technik unentbehrlich sind und im deutschen Export eine Rolle spielen, werden dadurch zu „verbotenen Gegenständen“ erklärt und der Kontrolle des Militärischen Sicherheitsamtes unterstellt...

Verboten sind in Zukunft zum Beispiel die bekannten Geiger-Müller-Zähler und alle anderen Zähler für den Strahlungsanweis. Das sind Geräte, die in der medizinischen und technischen Röntgen- und Radiumpraxis allgemein und täglich gebraucht werden. Vom Verbot der hochempfindlichen Galvanometer wird ein ganzes neuzeitliches medizinisches Forschungsgebiet betroffen. Ohne diese Geräte kann man Gehirn- und Nervensysteme nicht mehr messen. Ohne die jetzt ebenfalls verbotenen Mikrophotometer kann die Filmindustrie die Lichtempfindlichkeit ihrer Photofilme nicht mehr prüfen. Rot anstreichen muß man das im Artikel 2 des Gesetzes unter dem Buchstaben L verhängte Verbot von Röntgenstrahlengeneratoren mit mehr als 150 000 Volt. Heißt das, daß jedes bessere Röntgengerät, das etwas tiefer als in die menschliche Hautoberfläche reichen soll, nun mindestens meldepflichtig und ständig kontrolliert wird?...

Muß das alles sein? Kann man es dem deutschen Apparatebau, der ein so wesentliches Exportpotential darstellt, verdenken, daß er dieser Art von Kontrolle gegenüber seine Befürchtungen hat? „Essener Tageblatt“

Die Nationale Front und der Kampf um den Frieden

Max Reimann über den Kampf für die nationale Einheit und Unabhängigkeit eines demokratischen Deutschland

Den nachfolgenden Artikel entnehmen wir der Nummer 3 des theoretischen Organs der KPD „Wissen und Tat“.

„Die Bildung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedlichen Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, die Blutvergießen in Europa beendet und die Versklavung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“ (Stalin: Telegramm an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl anlässlich der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik)

Der Kampf um den Frieden und für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands sind aufs engste miteinander verbunden. Es ist der gleiche Kampf, denn solange Deutschland gespalten, und Westdeutschland einem Kolonialregime unterworfen ist, besteht die akute Gefahr, daß Westdeutschland zur Basis eines neuen Ueberfalls gegen die befreiten Völker im Osten wird.

Ein geeintes, unabhängiges, friedliebendes und demokratisches Deutschland wird dagegen die Gefahren neuer Kriege in Europa ausschließen.

„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Krieg die größten Opfer gebracht hatten, daß diese beiden Völker in Europa die größten Potenzen

zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker mit gleicher Anspannung der Kräfte ihre Entschlossenheit bekunden werden, für den Frieden zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann der Friede in Europa als gesichert betrachtet werden.“ (Stalin: Telegramm an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl).

Ein geeintes, demokratisches Deutschland, an der Seite der friedliebenden Völker der Sowjetunion würde in Europa eine solche Friedensmacht darstellen, daß alle Versuche imperialistischer Kriegstreiber, Europa in ein neues Kriegsabenteuer zu stürzen, von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Ein solches Deutschland würde nicht nur die Hilfe und Unterstützung der großen sozialistischen Sowjetunion, sondern auch aller friedliebenden Menschen in Frankreich, Italien, England wie überhaupt in der ganzen Welt genießen. Mit der Schaffung eines solchen Deutschlands hätte der Imperialismus in Europa seine letzte Bastion verloren und damit wäre die Gefahr imperialistischer Krieg für Europa beseitigt. Dies bedeutet, daß der Kampf um die einheitliche, unabhängige, friedliebende deutsche demokratische Republik zu gleicher Zeit ein Kampf für die Erhaltung des Friedens ist und daß man für den Frieden nicht erfolgreich kämpfen kann, ohne zu gleicher Zeit für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und für den Abzug aller Besatzungstruppen zu kämpfen.

Deutschlands zielbewußt fortsetzte, verließen die westlichen Besatzungsmächte den Boden des Potsdamer Abkommens und führten die Spaltung Deutschlands herbei. Darum wurde auf Initiative der USA zuerst die Zweizonenverwaltung in Frankfurt geschaffen. Darum verkündeten die westlichen Besatzungsmächte die separate Währungsreform und beschlossen sie in den Londoner Empfehlungen die Bildung des separaten westdeutschen Staates, der durch das Ruhrstatut und das Besatzungsstatut einem Regime der Deutschen Demokratischen Republik unterworfen wurde. Während der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik führte die die Souveränitätsrechte empfangende, die die Deutschlandpolitik der imperialistischen Besatzungsmächte zum Kolonialregime in Westdeutschland und zur Einbeziehung Westdeutschlands in die amerikanischen Kriegspläne. Den ganzen Unterschied zwischen der Entwicklung im Westen und Osten unserer Heimat erkennt man schon daran, daß der Präsident und der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die Botschafter der anderen Staaten empfangen, während der sogenannte Bundeskanzler Adenauer Außenpolitik machen will, indem er amerikanischen Korrespondenten Interviews gibt.

Es klingt wie eine Verhöhnung des deutschen Volkes, wenn heute der amerikanische Oberkommissar McCloy von der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche freie Wahlen spricht, nachdem Westdeutschland einem Kolonialregime unterworfen ist, und der Bevölkerung die demokratischen Rechte mehr und mehr genommen werden, wie das die Urteile im Demontagestop-Prozess und der Bruch der Immunität vom deutschen Volke gewählter Abgeordneter beweist. McCloy brachte diese neue Parole aus Amerika mit. Hier hatte ihm der bekannteste amerikanische Journalist Lippmann bescheinigt, daß die Politik der USA in der Bevölkerung Westdeutschlands auf immer größeren Widerstand stoße. Darum wollte McCloy mit seiner Propagandaförderung im deutschen Volke den Eindruck erwecken, als ob die USA für die Einheit Deutschlands einträte.

„McCloy wie Adenauer haben wohl nur dem Zustand ein Ende bereiten wollen. Bei dem die Forderung nach der deutschen Einheit zu einem Reservat von Regierungen und Parteien in der sowjetischen Zone zu werden drohte.“ (Frankfurter Allgemeine, 24. März 1950).

Dr. Adenauer hat mit seinem Appell an die Besatzungsmächte, in ganz Deutschland „freie Wahlen“ durchzuführen, nur das von McCloy gegebene Stichwort aufgenommen. Was ihm die „Frankfurter Allgemeine“ bescheinigt, indem sie schreibt: „Sie, die Regierungserklärung M. R.) gibt den Ball weiter, den der amerikanische Oberkommissar zuerst geworfen hat“, wobei die „Frankfurter Rundschau“ Adenauer rügt, daß er zu lange Zeit nötig hatte, bevor er den von McCloy begonnenen Propagandarummel mit einer „eigenen“ Regierungserklärung fortsetzte.

„Man muß nur bedauern, daß die Bundesregierung mehr als drei Wochen seit der Erklärung des amerikanischen Hochkommissars hat verstreichen lassen.“ Während die Erklärung der sogenannten Bundesregierung über gesamtdeutsche Wahlen nur die Fortsetzung des von McCloy begonnenen Propagandarummels ist, gibt das Presseinterview zur Bildung einer „deutsch-französischen Union“ die wirklichen politischen Absichten Adenauers wieder.

Die katastrophalen Folgen der von den deutschen Politikern in Bonn und ihren deutschen und ausländischen imperialistischen Auftraggebern durchgeführte Politik müssen und können verhindert werden. Sie können nur verhindert werden, wenn sich die westdeutsche Bevölkerung in die internationale Front der Kämpfer für den Frieden einliedert und für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands kämpft. Jede Bewegung in der westdeutschen Bevölkerung ist ein Kampf gegen die Sicherung des Friedens und die Herstellung der einheitlichen deutschen, demokratischen Republik. Die Arbeiter, Angestellten und Bürger im Gebiet von Watenstedt-Salzgitter, die für die

Erhaltung ihrer Existenzgrundlage kämpfen, führen damit zu gleicher Zeit einen Kampf für die Erhaltung des Friedens und bilden einen Teil der Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Der Kampf gegen die Demontagen ist zu gleicher Zeit ein Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands, für den gerechten Friedensvertrag und für den Abzug aller Besatzungsmächte.

Die Arbeiter, Angestellten, Bauern, Bürger und Intellektuellen, die gegen den Demontagestop-Prozess in Kundgebungen, Versammlungen und Resolutionen Stellung nahmen, die Geldspenden zur Verteidigung der Angeklagten sammelten und die Forderung „deutsches Recht für Deutsche“ erhoben, bildeten damit ebenfalls einen Teil der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Ihr Kampf war ein Beitrag zur Erhaltung des Friedens, denn der Kampf für die demokratischen Rechte unseres Volkes ist ein Kampf gegen Kriegsvorbereitung. Zur Kriegsvorbereitung gehört auch der Abbau der demokratischen Rechte des Volkes.

Nationale Front ist der Garant für Deutschlands Zukunft

Die Arbeiter im Ruhrgebiet, die auf der Schachtanlage Stein V gegen die Erhöhung der Arbeitszeit streikten, kämpften gegen die Herabdrückung ihrer Lebenslage auf das Niveau eines Kolonialvolkes und lieferten damit einen Beitrag zum Kampf um die nationale Befreiung des deutschen Volkes. Die Arbeiter des Hamburger und Duisburger Ruhrorter Hafens, die Beschlüsse faßten, in denen sie es ablehnten, Kriegsmaterial zu verladen oder zu transportieren, kämpften damit gegen die Verwundlung Westeuropas in eine Kriegszone und gegen die Politik, die Europa in den Krieg und Westdeutschland zum Kriegsschauplatz machen würde. Sie kämpften damit für eine friedliche und gesicherte Zukunft des deutschen Volkes in einer einheitlichen demokratischen Republik. Der Kampf der Ruhrbergarbeiter, Hafenarbeiter, der Metall- und Chemiewerker um Lohnerhöhung ist ebenso ein Teil der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Wenn der Lebensstandard der Arbeiter in den Betrieben nach den Berechnungen der Gewerkschaften zirka 56 Prozent des Vorkriegsniveaus beträgt, so ist das in der ersten Linie eine Folge der doppelten Ausbeutung durch deutsche und ausländische Kapitalisten, der die westdeutsche Bevölkerung unterworfen ist. Eine treffende Illustration dafür ist die Begründung mit der die 12prozentige Lohnerhöhung der Bergarbeiter abgelehnt wurde. Man erklärte daß durch die von den Hohen Kommissaren erzwungene Herabsetzung des Exportpreises für Ruhrkohle, der weit unter dem Weltmarktpreis liegt, die Ruhrkohlengruben „nicht in der Lage“ seien, eine solche Lohnerhöhung zu zahlen, wobei verschwiegen

wurde, daß infolge der gesteigerten Leistung der Bergarbeiter die Gewinne der Zechengesellschaften steigen. Der Kampf der Arbeiter für höhere Löhne ist somit ein Kampf gegen die doppelte Ausbeutung, ein Kampf gegen das Kolonialregime und dadurch auch ein Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Landes und für den Frieden.

Die Jungen und Mädels unserer Völker, die das Deutschlandtreffen der Jugend, Pfingsten in Berlin zu einem mächtigen Bekenntnis für den Frieden gegen alle Kriegspläne, für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes machen wollen, arbeiten an der Schaffung einer großen Nationalen Front des demokratischen Deutschlands.

Die Männer und Frauen aller sozialen Schichten, aller weltanschaulichen und politischen Gruppierungen unseres Volkes, die im April dieses Jahres mit ihrer Unterschrift ihren Willen zur Verteidigung des Friedens bekunden, helfen damit, gegen die imperialistischen Kriegspläne und gegen die Verwundlung Westdeutschlands in eine Kriegszone zu kämpfen. Wenn sich Millionen Deutsche in die Listen eintragen, wird dieses ein millionenfaches Bekenntnis nicht nur zum Frieden, sondern damit auch zur Sicherung der Zukunft unseres Volkes sein.

So mündet jede Bewegung in unserem Volke für den Frieden gegen die Folgen der Kolonialpolitik, gegen Demontagen, für die demokratischen Rechte des Volkes, für die sozialen Forderungen der werktätigen Menschen, für die freie Entwicklung unserer Friedenswirtschaft des innerdeutschen und des Außenhandels ein in die Nationale Front des demokratischen Deutschlands.

Unsere Aufgabe in Westdeutschland

In den Betrieben, Städten und Dörfern haben sich zur Führung der einzelnen Bewegungen Ausschüsse und Komitees gebildet. Es gibt Friedenskomitees in vielen Betrieben und in vielen Städten, die sich zur Aufgabe setzen, den Kampf gegen die Herstellung und den Transport von Kriegsmaterial, den Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und den Kampf gegen Kriegshetze und ideologische Kriegsvorbereitung zu führen. An vielen Orten haben die Arbeitslosen zur Vertretung ihrer Interessen Erwerbslosen-Ausschüsse gebildet. Ebenso bildeten sich Ausschüsse für die Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Jugend, für die Durchführung des Internationalen Frauentages, Komitees zur Verteidigung der Angeklagten im Demontagestop-Prozess usw. Die Bildung solcher Ausschüsse und Komitees ist zu begrüßen, und es werden sicherlich im Verlauf des Kampfes für den Frieden und für die nationalen und sozialen Interessen unseres Volkes noch viele solcher Komitees entstehen.

fern und Städten unserer Heimat. Da eine jede Bewegung ein Stück der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands darstellt, müssen diese auch in den Ausschüssen der Nationalen Front vertreten sein. Im Stahlwerk Hagen-Haspe hat sich z. B. ein Komitee zur Verteidigung des Friedens gebildet, das darüber wachen will, daß in diesem Betrieb nie mehr Kriegsmaterial hergestellt wird. In Hagen besteht aber auch ein Komitee der Jugend zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens Pfingsten

Alle diese Komitees werden ihre Aufgabe aber nur restlos erfüllen können, wenn sie auf dem Boden des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands stehen. So werden die Friedenskomitees nur wirklich erfolgreich den Kampf für den Frieden führen können, wenn sie den Zusammenhang zwischen der Verteidigung des Friedens und der Schaffung einer einheitlichen, unabhängigen, friedliebenden deutschen demokratischen Republik erkennen. Dieses können sie aber nur erkennen, wenn die Mitglieder unserer Partei, die Mitglieder der KPD in den Ausschüssen eine ideologische Aufklärungsarbeit in diesem Sinne verrichten und erwirken, daß sich alle Komitees und Ausschüsse auf dem Boden des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands stellen. Die Nationale Front des demokratischen Deutschlands schafft sich ihre Organe durch die Bildung von Ausschüssen in den Dör-

Keine Hand für Rüstungsarbeit!

In Berlin. Auch das Treffen in Berlin ist ein Beitrag zur Verteidigung des Friedens. Es ist darum notwendig, daß die Tätigkeit aller dieser Komitees — der Friedenskomitees, der Komitees zum Kampf gegen die Demontagen, zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Jugend, die Komitees, die zur Durchführung des internationalen Frauentages gebildet wurden, die Erwerbslosen-Ausschüsse usw. — ihre Tätigkeit miteinander in Einklang bringen, indem sie alle Delegierte in die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands entsenden.

Darum heißt es im Programm der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands:

„In Westdeutschland steht die Aufgabe, alle vorhandenen Freundeskreise der Nationalen Front für ein demokratisches Deutschland, die vorhandenen Orts- und Landesausschüsse, die Ausschüsse in den Betrieben und Gewerkschaften, die vielseitigen Kreise der Anhänger des Friedens zusammenzufassen, um zu einem einheitlichen System der Arbeit in ganz Deutschland zu kommen.“

„Freie Wahlen“, ein Propagandarummel

Der wegen seiner widersprechenden Erklärungen, Interviews und Dementis bereits berüchtigte sogenannte Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in der zweiten Märzhälfte die Öffentlichkeit wieder mit zwei einander widersprechenden Erklärungen überrascht. Selbst die von den Amerikanern lizenzierte „Frankfurter Rundschau“ sieht sich gezwungen, am 23. 3. 1950 zu schreiben:

„Die Erklärungen gegenüber den INS-Chefkorrespondenten Kingsbury Smith legten eine lang andauernde Spaltung Deutschlands in einen östlichen und einen westlichen Teil als gegeben zugrunde. Die scharfen Ausführungen Adenauers gegenüber der Sowjetrußland ließen die deutsch-französische Union als ein Art Block gegen die östliche Großmacht erscheinen.“

Während Adenauer am Dienstag über einen amerikanischen Korrespondenten der französischen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, der auf die Verewigung der Spaltung Deutschlands beruht, läßt er am Mittwoch bereits im Kabinett einen Appell beschließen, in dem die vier Besatzungsmächte zur Abhaltung gesamtdeutscher

Wahlen aufgefordert werden. In der oben schon zitierten Nummer der „Frankfurter Rundschau“ wird offen gesagt, warum das sogenannte Bundeskabinett den Mittwochbeschluss gefaßt hat:

„In jedem Falle war der Vorschlag notwendig, um den Sowjets und der SED endlich einmal den Wind des deutschen Einheitsmonopols aus den Segeln zu nehmen.“

Die „Frankfurter Rundschau“ gibt also zu, daß die Forderung nach sogenannten freien Wahlen in ganz Deutschland nichts anderes als ein Propagandarummel ist, hinter dem sich die in Westdeutschland durchgeführte Politik der fortlaufenden Kolonisierung verstecken soll. In der Tat, wer einmal die von den westlichen Besatzungsmächten durchgeführte Deutschlandpolitik und die Politik der FDP, CDU und selbst der SPD-Führung in Westdeutschland aufmerksam betrachtet, muß feststellen, daß diese Politik seit 1945 darauf gerichtet war, das Zustandekommen der Einheit Deutschlands zu verhindern, um einen Grund für die Ausdehnung der militärischen Besetzung Deutschlands auf unbestimmte Zeit zu haben.

Nur die Sowjetunion vertritt deutsche Interessen

Bereits auf der Sitzung der Außenminister in Paris, am 10. Juni 1946, erklärte der damalige Außenminister der Sowjetunion, Molotow, daß das deutsche Volk das Recht haben müsse, in einer allgemeinen deutschen Volksabstimmung darüber zu entscheiden, wie es sein staatliches Leben aufbauen wolle. Bis heute haben die westlichen Besatzungsmächte und ihre deutschen politischen Willensvollstrecker jede gesamtdeutsche Abstimmung über die wirklichen Lebensfragen des deutschen Volkes verhindert.

Auf der Außenministerkonferenz, 1946 in Paris, 1947 in Moskau, verlangte der sowjetische Vertreter Molotow, entsprechend der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die Schaffung deutscher Zentralverwaltungen. Ende 1947 forderte er in London die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und die Hinzuziehung deutscher Vertreter zur Außenministerkonferenz. Die Londoner Außenministerkonferenz wurde von dem amerikanischen Außenminister Marshall gesprengt, um den Weg für die endgültige Spaltung Deutschlands und die Unterwerfung Westdeutschlands unter einem Besatzungsstatut freizumachen.

Auf der im Mai und Juni 1949 in Paris stattgefundenen Konferenz der Außenmini-

ster schlug der sowjetische Außenminister Wischinskij den Außenministern der USA, Englands und Frankreichs vor, daß jede der vier Mächte einen Friedensvertragsentwurf für Deutschland im Laufe von drei Monaten ausarbeiten soll, in dem enthalten ist, daß die Besatzungstruppen spätestens ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages Deutschland verlassen sollen. Dieser Vorschlag wurde von den Außenministern der USA, Englands und Frankreichs abgelehnt. Während die Sowjetunion ihren in Potsdam 1945 begonnenen Kampf um die Einheit

Adenauer will seine alten Pläne jetzt verwirklichen

Nach dem ersten Weltkrieg 1919–1923 war Dr. Adenauer einer der eifrigsten Vertreter des von den Kanonendonken an der Ruhr und von den französischen Schwerindustriellen des Comité des Forges angestrebten Bündnisses zur Vereinigung der Ruhrkohle mit dem elsäß-lothringischen Eisenerz. Da Dr. Adenauer schon immer ein Meister der geheimen Kabinettspolitik war, verstand er es auch damals, mit seinen separatistischen Plänen nicht zu sehr in das Licht der Öffentlichkeit zu geraten. Diese Pläne scheiterten damals am Widerstand des deutschen Volkes.

Unter veränderten Umständen glaubt Dr. Adenauer heute die Zeit zur Verwirklichung seiner alten Pläne in noch größerem Umfang gekommen. Die Herren der Wallstreet, die auch die wirklichen Herren Westdeutschlands sind, verlangen den Einsatz des gesamten Rüstungspotentials Westeuropas zur Verwirklichung ihrer Kriegspläne gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratien. Sie fordern darum die Einbeziehung der Kohlengruben und Hüttenwerke an der Ruhr in die Rüstungspläne und die Nutzung des westdeutschen Menschenmaterials bei der Aufstellung von Söldnerheeren. Westdeutschland soll darum für immer vom übrigen Deutschland losgelöst, einer fremden Besatzung unterworfen und in die Europaunion und in den Atlantikpakt einbezogen werden.

Darum propagiert Dr. Adenauer die französisch-deutsche Union als ersten Schritt zur Schaffung eines sogenannten Vereinigten Europas als Sturmblock gegen die freien Völker des Ostens. Auf diese Weise glaubt er im Auftrage der amerikanischen und deutschen Großindustriellen nicht nur das Rüstungspotential Frankreichs und Deutschlands zusammenfügen zu können, sondern auch das Problem der Remilitarisierung Westdeutschlands zu lösen.

Das Interview Adenauers ist darum nicht nur das Aufgreifen alter separatistischer Pläne sondern auch die konsequente Durchführung der von den amerikanischen Imperialisten diktierten Politik der Kriegsvorbereitung. Es führt ein konsequenter Weg von der Spaltung Deutschlands, der Anerkennung des Ruhrstatuts und des Besatzungsstatuts durch Dr. Adenauer, der Forderung der Remilitarisierung Westdeutschlands bis zur Forderung nach der französisch-deutschen Union, der mit der Auslöschung unserer Nation, der mit der Opferung der deutschen Jugend in einem dritten Weltkrieg enden würde, wenn das deutsche Volk

den Dr. Adenauer und seinen Auftraggebern in Westdeutschland nicht den Weg versperrt. Welche Folgen die Politik Adenauers für das deutsche Volk hat, sieht man heute schon in Watenstedt-Salzgitter. Im Herbst 1949 schloß Dr. Adenauer mit den Hohen Kommissars das Petersberger Abkommen, in welchem er das Ruhrstatut anerkannte. Er begründete die Anerkennung des Ruhrstatuts mit der angeblich von ihm bewirkten Einstellung der Demontagen. Bald zeigte sich jedoch, daß nur in ganz wenigen Werken die Demontage eingeschränkt wurde und zwar ausschließlich in solchen, die im Ruhrgebiet liegen und damit dem Ruhrstatut unterstehen. Dagegen wurde die Demontage beispielsweise in Watenstedt-Salzgitter in bisher nicht gekanntem Ausmaß weitergeführt und durch Sprengungen selbst die Werkhallen und Fundamente vernichtet, um z. vermindern, daß hier noch einmal eine Industrie aufgebaut wird. Diese Tatsache zwang selbst bürgerliche Presseorgane, die Vernichtung in Watenstedt-Salzgitter, die 120 000 Menschen ihrer Existenzgrundlage beraubt, als eine Politik der verbrannten Erde zu kennzeichnen. In der Tat, die Sprengungen in Salzgitter sind die ersten Folgen des Ausbaus Westdeutschlands zu einer Angriffsbasis und zum Rüstungsarsenal für einen dritten Weltkrieg.

Die imperialistischen Kriegshetzer kennen aus den Erfahrungen der Hitler-Clique im zweiten Weltkrieg die Kraft der sowjetischen Armee. Darum verlangen sie, daß in einem von ihnen provozierten und begonnenen Krieg alle Industrieobjekte, Brücken, Gebäude usw. vor der Räumung durch Sprengung vernichtet werden sollen. Amerikanische Politiker und Zeitschriften z. B. der Vorsitzende des Finanzausschusses im amerikanischen Senat Poage und die „Christliche Zeitung“, „Christian Science Monitor“ verlangen darum, daß im Falle eines Rückzuges der imperialistischen Armeen alle Industrieobjekte durch Sprengungen oder durch Abwurf von Atombomben vernichtet werden sollen.

Da Watenstedt-Salzgitter in der Nähe der Zonengrenze liegt, scheint es, daß mit dieser Politik der verbrannten Erde bereits heute in Watenstedt-Salzgitter begonnen wurde. Das zeigt aber auch, wie groß die Gefahren sind, die durch die Politik des sogenannten Bundeskanzlers Dr. Adenauer und seinen deutschen und ausländischen imperialistischen Auftraggeber über unser Volk heraufbeschworen werden.



Laß man, Mutter, ob so oder so — bei unserneim rationiert ja doch die Lohntüte

Alle verfügbaren Mittel für den Wohnungsbau

Kritische Stellungnahme zu einem Artikel in der „Welt der Arbeit“

Aus dem Parteileben

Am Samstag, dem 1. April 1950, nachmittags 14 Uhr, findet am Kreissekretariat, Feldbergstraße 7, in Lörrach eine Parteiarbeiterkonferenz für den Stadt- und Landkreis statt.

Wegen der außergewöhnlichen Wichtigkeit dieser Parteiarbeiterkonferenz bitten wir sämtliche Parteiarbeiter aus den Betrieben sowie unsere Gemeinderäte und übrigen Funktionäre um ihr Erscheinen. Ein Vertreter der Landesleitung wird anwesend sein.

An die Parteieinheiten des Kreises Lörrach! Das Kreissekretariat der Kommunistischen Partei, Stadt- und Landkreis Lörrach, Feldbergstraße 7, hält nur dienstags und donnerstags von 9-12.30 und 14.30 bis 18.30 Uhr sowie samstags von 9-12.30 Uhr Sprechstunden ab. Wir bitten um Einhaltung dieser Sprechstunde.

Waldkirch. Am Samstag, dem 1. April, 20 Uhr findet für die Ortsgruppe Waldkirch und Kolmar, der erste nach der letzten Mitgliederversammlung festgelegte Bildungsabend statt. Als Thema steht „Die Rolle der Partei und ihre Aufgaben in Waldkirch“. Ein Genosse aus Freiburg wird anwesend sein.

Sipplingen. Am Sonntag, 2. April 1950, nachmittags 14.30 Uhr, findet in Sipplingen, Gasthaus zur Krone, eine öffentliche Versammlung statt. Hierzu laden wir die Bevölkerung von Sipplingen und Umgebung freundlichst ein.

TERMINE DER FDJ

Freiburg. Am 1. und 2. April findet in Freiburg eine wichtige Delegiertenkonferenz der FDJ Südbaden statt, zu der noch etwa 50 Quartiere gesucht werden. Freiburger Leser unserer Zeitung werden gebeten, ihre Meldungen bitte umgehend an den Kreisvorsitzenden der FDJ, Klarastraße 62 oder an die Redaktion in der Vaubanstraße 12 zu geben, wozu die FDJ bereits vorher auf diesem Wege ihren besten Dank aussprechen läßt.

Freiburg. Wegen der Renovierungsarbeiten am Heim Rottecksplatz werden alle Freunde gebeten, sich an jedem freien Abend der Woche zur Verfügung zu stellen, um das Heim bis zu der Delegiertenkonferenz am Wochenende in einen würdigen Zustand zu versetzen. Treffpunkt jeden Abend um 20 Uhr in der Baracke am Rottecksplatz.

FDJ Freiburg braucht noch Quartiere für Samstag!

Freiburg. Für das kommende Wochenende werden von der FDJ Freiburg noch eine größere Zahl Quartiere in der Stadt Freiburg gesucht. Der 1. und 2. April vereint in Freiburg Delegierte der FDJ aus Südbaden zu einer wichtigen Konferenz, in deren Mittelpunkt das Deutschlandtreffen zu Pfingsten stehen wird. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Konferenz wird die Freiburger Bevölkerung herzlich aufgefordert, für eine Nacht Schlafstellen zur Verfügung zu stellen. Vor allem die Leser unserer Zeitung werden auf diesem Wege ersucht, den Mitgliedern der Freien Deutschen Jugend die Möglichkeit zu geben, ihre Delegierte für eine Nacht unterzubringen. Meldungen nehmen entgegen: FDJ-Kreisvorsitzender (H. Schmidt), Klarastr. 62 in Stühlinger, FDJ-Kreisvorsitzender (H. Schäfer), Sedanstraße 20 am Stadttheater, sowie die Zeitungsträger UNSER TAG und die Redaktion in der Vaubanstraße 12 am Bahnhof. Selbstverständlich können die Anmeldungen auch schriftlich erfolgen.

Trotz Haß und Verleumdung - Auf nach Berlin!

wieviele amerikanische Panzer man von gewissen westdeutschen Politikern man schreiben würde, wenn eine halbe Million jugendlicher beispielsweise in Bonn für den Frieden und gegen die Remilitarisierungspläne Adenauers demonstrieren wollte. Schon allein der Gedanke ist illusorisch. Von einer Regierung, die nicht einmal willens ist, die elementarsten Rechte der Jugend anzuerkennen — und das ist doch unbestritten hier im Westen der Fall — kann man auch nicht erwarten, daß sie die Mittel für ein solches Treffen aufzubringen

Die deutsche Jugend antwortet den Kriegstreibern: Pfingsten 1950 in Berlin!

willens wäre. Eher schon wären Einige geneigt, Mittel für die Erstellung von Arbeitsdienstbaracken und ähnlichen Einrichtungen auszugeben.

Warum tobt und heizt also der westdeutsche Blätterwald im allgemeinen und die BNN im besonderen? Doch wohl deshalb, weil es ihnen immer mehr zum Bewußtsein kommt, daß die westdeutsche Pleite von den Jugendlichen täglich klarer erkannt wird und daß dieser Jugend am besten Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik mehr und mehr die Augen aufgehen. Wenn die BNN gegen die mutige Jugendfreunde den Bannstrahl zu schleudern versucht, so macht sie dadurch nur die Schwäche der westdeutschen Position deutlich.

Trotz aller Störungsversuche wird es nicht gelingen das Haus, das sich die fortschrittliche, friedliebende Jugend in Westdeutschland zusammen mit ihren Freunden aus der Deutschen Demokratischen Republik und der Jugend der Welt baut und in dessen Räumen der Frieden wohnt, einzureißen. Es wird auf einem so festen Fundament errichtet, daß es ebenso vermesen sein wird es umstoßen zu wollen, wie es vermesen und lachhaft von jenem Narren war, der mit seiner Posaune die Mauern von Jericho umblassen wollte.

Darum lautet die Parole der Jugend in Westdeutschland: Trotz aller Haßgesänge und Verleumdungen — Vorwärts zum Friedenstreifen der deutschen Jugend in Berlin!

len bereits 3 fast abgelaufene Monate des Jahres 1950, noch kein Finanzierungsplan für den Wohnungsbau für das laufende Jahr vorgelegt wurde, aus dem ersichtlich ist, wie man sich in Freiburg den Wohnungsbau für 1950 vorstellt?

Wir können noch einiges mehr berichten. Die Zahl der Wohnungssuchenden hat in Freiburg in den letzten Monaten nicht abgenommen, sondern ist relativ — im Verhältnis zu den gebauten Wohnungen — noch gestiegen. Die „Wohnauf Förderung“ aber sieht in Freiburg — nach dem letzten Stadtratsbericht — so aus:

Geplant sind, etwa 4 Millionen DM für ein Bürohaus auszugeben, das Regierungsstellen oder private Unternehmen aufnehmen soll. Weiter ist geplant, etwa eine halbe Million in das Theater zu stecken, um dort ein Café und mehrere Läden zu errichten. Weiter ist geplant, folgende Nachtragskredite vom Stadtrat bewilligen zu lassen:

DM 155 000 für den Wiederaufbau des alten Rathauses, der bis jetzt bereits 210 000 DM verschlungen hat!

13 600 DM für den Ausbau des Ausstellungsräume in der Talstraße!

DM 49 200 für den Bau einer Garage und eines Stalles am Rathaus Schauland — im Interesse des Fremdenverkehrs, wie es in der Vorlage heißt!

DM 10 000 zur Beseitigung von Kriegsschäden an historischen Gebäuden!

5 Millionen zu 600 000! Nimmt man nur einmal die hier angeführten Bauvorhaben, die alle in der Propaganda über den „Wiederaufbau der Stadt Frei-

burg“ verwertet werden, so ergibt sich, daß über 5 Millionen DM ausgegeben werden sollen, die mit dem Wohnungsbau wirklich nicht das Geringste zu tun haben. Dagegen steht die Tatsache, daß man eine Vorlage vorbereitet hat, die eine Ausgabe von knapp 600 000 DM zum Ausbau der Artilleriekasernen vorsieht. Mit diesen Mitteln will man 48 ganze Wohnungen herstellen!

Zu allem aber fehlt, wie bereits gesagt, eine konkrete Uebersicht über den wirklichen Stand der Wohnungsbauvorhaben, zu dem in der letzten Sitzung behauptet wurde, daß man den bisherigen Erklärungen etwas mißtrauisch gegenüberstehen müsse, da Wohnungen, die bereits als fertig gemeldet wurden, in Wirklichkeit noch weit davon entfernt sind, menschliche Behausungsorte genannt werden zu können.

Warum schweigen die Gewerkschaften? Warum also sagt der Artikelschreiber in der W. d. A. nichts hierzu? Gehört er selbst zu den Gewerkschaftskollegen, die wie die Stadträte Knobel, Kappes, Breitenbach und der Bürgermeister Schieler zusammen mit dem verantwortlichen OB Hoffmann dem Theaterbau ihre Zustimmung gaben und die auch bis heute sich noch nicht von den neuen Plänen des OB distanzieren haben? Warum stellt der Gewerkschaftskollege nicht in der Zeitung die Forderung, daß die Tatsache des Fehlens von 10 000 Wohnungen in Freiburg nur eine klare Schlußfolgerung zuläßt:

„Alle verfügbaren Mittel für den Wohnungsbau!“

Da er das nicht tut und auch die Gewerkschaften bis jetzt noch nicht in genügender

lernächster Zeit in die Tat umsetzen. Die Tatsache, daß die Steinarbeiter zu über 90 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind gibt ihnen die Gewißheit, daß eine umfassende Aktion auf gewerkschaftlicher Grundlage die Durchsetzung ihrer Forderungen garantiert.

Gegen die willkürliche Verhaftung deutscher Abgeordneter

Hornberg. Die Teilnehmer der Wochenend-schulung der FDJ-Gruppe Hornberg im Schwarzwald nahmen Stellung gegen die willkürliche Verhaftung des Landtagsabgeordneten Lehmann durch die britische Militärpolizei und hierüber aufs höchste empört, heißt es in einer Entschließung der FDJ-Gruppe Hornberg: „Wir stellen fest, daß dieses Vorgehen und solche Rechtsbrüche, wie im Falle Lehmann im Landtag und überhaupt in der Anklage im Demontagestop-Prozess, in der juristischen Auslegung konstruiert zum Ausdruck kommt und in seiner Folgerichtigkeit zu brutaler Rechtsbeugung führen muß.“

Wir Schüler und Vertreter der Jugendlichen von Hornberg, auch aus den Betrieben, stellen weiterhin fest, daß solche Gewaltakte wie die von der britischen Militärpolizei und zum Teil mit ihren deutschen Handlangern in uns erkennen lassen, daß diese rigorosen Maßnahmen ein Hohn auf die primitivsten demokratischen Rechte darstellen.

Damit haben sie auch dem deutschen Volk und seiner Jugend sinnfällig den wirklichen Charakter eines kolonialen Besatzungsregimes vor Augen geführt. Gleichzeitig erlitten wir auch einen Vorgeschmack darüber, wie sie ihr erst kürzlich gemachtes Angebot der „freien Wahlen in ganz

Deutschland“ verstehen und verstanden haben möchten.

Dies alles gibt uns Jugendlichen die Erkenntnis, daß wir im Sinne unseres Aktionsprogrammes und im Rahmen der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands im aktiven Kampf um den Frieden, soweit als möglich an der großen Friedensdemonstration und Friedenskundgebung der FDJ zu Pfingsten 1950 in Berlin teilnehmen und uns damit gleichzeitig für die Errichtung der deutschen demokratischen Republik, deren Einheit für ganz Deutschland einen demokratischen Friedensvertrag und Abzug aller Besatzungsmächte einsetzen müssen.

An alle Hörer und Freunde des Deutschlandsenders

Wir weisen daraufhin, daß diejenigen Hörer, die den Deutschlandsender auf Kurzwelle 41,96 und 49,08 nicht empfangen, über den Sender Leipzig die beliebte und bekannte Sendung des Deutschlandsenders „Wir sprechen für Westdeutschland“ um 22.45 Uhr hören können.

Der Sender Leipzig sendet auf Mittelwelle 287 Meter 1043 khz (auf der Skala in der Nähe von Rennes). Berlin sendet auf 383,1 Meter 782 khz und 191,1 Meter, 1570 khz.

UMSCHAU IM LANDE

rend die Kriminalpolizei je ein Fall von Diebstahl, Betrug und Erregung öffentlichen Aergernisses verzeichnete.

Weitere Mütterberatungs-Termine Villingen. In dieser Woche finden im Kreis Villingen außer den bereits an dieser Stelle bekannt gegebenen Terminen noch folgende Mütterberatungsstunden des Staatlichen Gesundheitsamts Villingen statt: Am Dienstag, 28. März, nachmittags um 15 Uhr in Schönwald sowie am Donnerstag, 30. März, nachmittags um 14 Uhr in Triberg und um 15.30 Uhr in Schönbach. Die Teilnahme ist für alle Mütter mit Säuglingen und Kleinkindern, einschließlich „Vigantol“-Auskabe, völlig kostenlos.

Jahresversammlung der Naturfreunde Stockach. (Volkskorresp.) Am vergangenen Sonntag fand in Stockach unsere Jahresversammlung statt. Beraten wurden: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht mit Revision, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Wahl eines Delegierten zur Bezirksversammlung und eines Jugendleiters zur Jugendleitertagung in Markelfingen, 5. Wünsche und Anträge.

In der Vorstandsschaf gab es eine kleine Aenderung. Der Kassierer Wf. J. Vogel gab

sein Amt ab. Gewählt wurde zum Kassier Wf. H. Aitmann, als Delegierter zur Bezirksversammlung Wf. E. Maier, als Jugenddelegierter Wf. G. Bork.

In der Aussprache wurde beantragt, daß zu wenig Wanderungen durchgeführt worden seien. Auch wurde der Wunsch geäußert die im vergangenen Jahr unternommene Dampferfahrt Radolfzell-Bregenz in diesem Jahre zu wiederholen.

Pferde-, Rindvieh- und Schweinemarkt Donaueschingen. Seit dem 10. März 1938 sind die großen Donaueschinger Pferdemarkte aus zeitbedingten Gründen ausgefallen. Jetzt wird am 29. März wieder eine solche Veranstaltung aufgezogen, insbesondere um den bäuerlichen Züchtern eine Verkaufgelegenheit zu bieten, aber auch um den Wunsch vieler Landwirte, den verwalteten Pferdestand im Stall wieder zu besetzen, zu erfüllen. Wie man hört, werden auch die Pferdehändler mit zum Teil beachtlichen Angeboten, vertreten sein. Außer dem Pferdemarkt wird auch ein solcher für Großvieh und Schweine gleichzeitig auf dem geräumigen Viehmarkt in Donaueschingen abgehalten.

Realisiert den Protestmarsch!

Steinarbeiter werden mit leeren Versprechungen hingehalten

Kappelrodeck. (Betriebskorrespond.) In Anbetracht der katastrophalen Wirtschaftslage in der Naturstein-Industrie haben die Steinarbeiter in verschiedenen Versammlungen beschlossen, einen Protestmarsch nach Freiburg durchzuführen, um dadurch die südbadische Regierung zu zwingen, ihre Versprechungen einzulösen.

Schon am 28. Dezember hatte eine Delegation der Steinarbeiter bei dem südbadischen Staatspräsidenten vorgesprochen, um ihn auf die unhaltbare Lage in der Steinindustrie aufmerksam zu machen. Herr Wohleb versprach, sich sofort mit den zuständigen Referenten in Verbindung zu setzen, damit unter Vorgriff auf das neue Haushaltsjahr der Steinindustrie Gelder und Aufträge zur Verfügung gestellt werden könnten. Gleichzeitig sicherte Wohleb sein Erscheinen auf einer Konferenz in Mittelbaden zu, auf der er sich mit den Vertretern der Gewerkschaften und den Steinindustriellen über die zu ergreifenden Maßnahmen aussprechen wollte.

Schon in den Tagen darauf wurde in der bürgerlichen Presse großartig für das „soziale Verständnis“ des Herrn Staatspräsidenten Propaganda gemacht. Ueberschriften wie „Aufträge für die Naturstein-Indu-

striemittelbadens“, „Staatsregierung stellt der Naturstein-Industrie größere Kredite zur Verfügung“, „Staatspräsident Wohleb verspricht Hilfe“ usw. ließen die Steinarbeiter auf eine Besserung ihrer unhaltbaren Lage hoffen.

Aber was ist in der Zwischenzeit geschehen? Die Steinindustrie wartet heute noch darauf, daß Wohleb seine Versprechungen einlöst. Immer mehr Steinarbeiter werden gezwungen, stempeln zu gehen, viele werden in nächster Zeit aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert. Eine weitere Delegation, die in Freiburg vorsprach, wurde wiederum mit leeren Versprechungen nach Hause geschickt. Daraus können die Steinarbeiter ersehen, wie wichtig diese „christlich-demokratischen“ Minister das Elend in Südbaden nehmen.

Das vergebliche Appellieren an die südbadische Regierung hat weiter bewiesen, daß man diese Herren in Freiburg mit anderen Mitteln zwingen muß, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Die Steinarbeiter dürfen sich nicht länger zum Narren halten lassen, sondern müssen, wenn sie ihre derzeitige Lage ändern wollen, in Versammlungen zur Situation in der Steinindustrie Stellung nehmen, und den geplanten Protestmarsch nach Freiburg in al-

Skrupellose amerikanische Geschäftemacher

Für menschliche Ernährung ungeeigneter Weizen für Westdeutschland

Denzlingen. Seit Wochen häufen sich in Denzlingen die Beschwerden über sonderbare blaue Punkte im Weißbrot. Mit Recht empörte sich die dortige Bevölkerung darüber und verlangte, daß man dieses Brot durch Nahrungsmittelchemiker untersuchen lassen sollte, da es in gesundheitlicher, wie auch in ästhetischer Hinsicht nicht einwandfrei erschien.

Im Auftrage der Müllerinnung des Kreises Emmendingen wurden einige Proben an eine Untersuchungsanstalt für Getreide, Mehl und Brot nach München geschickt. Wie diese Untersuchungsanstalt nun feststellte, sind die blauen Flecken im Weißbrot auf das

Vermischen des Weizens mit dem sogenannten Wachtelweizen möglicherweise auch sogar auf Samen des Mutterkorns zurückzuführen.

Der beanstandete Weizen stammt ausschließlich aus amerikanischen Exportlieferungen, die im Rahmen des „großzügigen US-Hilfsprogramms“, genannt Marshallplan nach Deutschland gelangten. Für mühselig erarbeitete Groschen wird also unter dem westdeutschen Kolonialregime den Werktätigen ein Brot, das mit Mutterkorn und Wachtelweizen vermischt ist, zum Kauf angeboten.

Wie aus dem Bericht des Münchener Untersuchungsamtes hervorgeht, darf dieser Weizen in Amerika nicht für die menschliche Ernährung Verwendung finden. Uns in Westdeutschland muß man aber zu, daß wir in „Halleluja-Rufe“ ausbrechen, wenn dieser Dreck, an dem die amerikanischen Monopolkapitalisten Hunderte von Millionen Dollar verdienen, uns als amerikanische „Hilfe“ aufgedrängt wird.

Diese Dinge zeigen einmal mehr, was die amerikanischen Imperialisten mit dem Marshallplan bezwecken. Nicht nur, daß darin die Verhöhnung des von ihnen als Kolonialsklaven betrachteten deutschen Volkes zum Ausdruck kommt, sondern durch die Lieferungen des minderwertigen amerikanischen Weizens wird auch unsere bäuerliche Bevölkerung auf das Schwerste betroffen. Deshalb wird nur die Entschlossenheit der Arbeiter und Bauern, gegen ihre imperialistischen Unterdrücker zu kämpfen, dem Regime der westlichen Kolonialherren ein Ende bereiten.

Landwirte beschicken Fohlenweide Villingen. Es ist beabsichtigt, im kommenden Sommer auf der Jungviehweide, die voraussichtlich Mitte Mai eröffnet werden soll, bei entsprechender Beteiligung eine Fohlenweide einzurichten. Die Interessenten unter unseren Lesern können ihre Fohlen bis zum 10. April bei der Kreisverwaltung in Villingen anmelden. Damit dürfte ein Wunsch vieler Landwirte in Erfüllung gehen.

Aus dem Villingen Polizeibericht Villingen. Die Schutzpolizei der Stadt Villingen berichtet von zwei Fahrraddiebstählen und 1 Verkehrsunfall mit Sachschaden. Zur Anzeige gelangten: 3 Kraftfahrer wegen verkehrswidrigen Verhaltens, 1 auswärtiger Kunstmaler, der an verschiedenen Geschäften hier Werbetexte aufmalte, ohne im Besitze eines Wandergewerbescheines zu sein, 1 hiesiger Wirt und 3 Gäste wegen Ueberschreiten der Polizeistunde, ein 50 Jahre alter Metzger von Villingen, weil er in auffälliger Weise beschimpfte, woran die anderen anwesenden Gäste Anstoß nahmen. Wegen Uebertretung der StVO wurden vier Personen gebührend verwarnt, wäh-

Das Bücherbrett

Hervorragende sowjetische Künstler

Zur neuen Blüte der Literatur und Kunst in der UdSSR

Anlässlich der Verleihung der Stalin-Preise für hervorragende Arbeiten auf dem Gebiete der Literatur und Kunst im Jahre 1949 bringt die „Sowjetkija“ einen Leitartikel, aus dem wir nachstehend größere Auszüge veröffentlichten.

Die Stalin-Preisträger — hervorragende sowjetische Künstler sind bestrebt, in ihren Werken den heroischen Geist der Stalinischen Epoche, die Triebkräfte der Entwicklung der Sowjetgesellschaft anschaulich und tief-schürfend wiederzugeben und die imposanten Aussichten, die weiten Horizonte zu zeigen, die sich dem Auge des Sowjetmenschen — des Baumeisters des Kommunismus — bieten. Das Sowjetvolk hat eine heroische Geschichte, auf die es zu Recht stolz ist. Viele Künstler der Sowjetunion haben diese Geschichte in ihren Werken wieder und wieder einer der glorreichsten Seiten dieser Geschichte — dem Großen Vaterländischen Kriege — zu, in dessen Verlauf sich die gewaltigen Kräfte des Sozialismus und des Sowjetmenschen besonders anschaulich offenbart haben. Der Aufdeckung der geistigen Kräfte des Sowjetvolkes, das unter der Führung von Stalin sein Vaterland verteidigt und die Menschheit von der faschistischen Barbarei errettet hat, sind die talentvollen Romane „Der Frühling an der Oder“ von E. Kasakewitsch, „Der große Weg“ von Kljenskow, die Filme „Der Fall von Berlin“, „Die Stalingrader Schlacht“ und andere Werke gewidmet.

Eine große Anzahl von Werken behandelt den Aufbau nach dem Kriege, die große schöpferische Tätigkeit des Sowjetvolkes, das nach den Plänen der Bolschewistischen Partei die großen historischen Aufgaben des allmählichen Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus löst. Das sind die Romane „Licht über der Erde“ von S. Babajewskij, „Maria“ von G. Medynskij, „Die Erde von Kusnezsk“ von A. Woloschin, „Das klare Ufer“ von W. Panowa, die Verserzählung „Alena Formina“ von A. Jaschin, der Gedichtband „Die Erzählung vom morgigen Tag“ von E. Dolmatowski und viele andere.

Eine wichtige Besonderheit dieser Werke besteht darin, daß die Autoren, die den heutigen Tag in der Sowjetunion schildern, in diesem auch die neuen sichtbaren Züge des Kommunismus, die neue kommunistische Einstellung zur Arbeit, die neue kommunistische Moral der Sowjetmenschen, d. h., jener Eigenschaften zeigen, die im Sowjetvolk von der Partei Lenins und Stalins unermüdet er-zogen werden. Der große Stolz auf das Land der Sowjets — die Heimat des Kommunismus, das Bollwerk des Friedens und das Glück der Völker — klingt in solchen begabten musikalischen Werken auf, wie das Oratorium „Das Lied von den Wählern“

Werk des österreichischen Arztes Dr. Fritz Jensen „China siegt“, D. Jensen, der unlängst mit seiner chinesischen Frau zu Besuch in der DDR weilte, hat die letzten Jahre der Revolution in China miterlebt. Er schöpft außer der eigenen Anschauung aus Quellen die bisher in Deutschland nicht zugänglich waren. Der gut aufgemachte Halbleinband wird zum Preise von 7,50 DM geliefert.

Die reichhaltige Reihe der Neuerscheinungen des Dietz-Verlages schließt ab mit der „Tschechoslowakischen Reise“ von Max Zimmerling. In dieser Reportage schildert Zimmerling den großen Umschwung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes. Seine lebendigen Eindrücke vermitteln ein anschauliches Bild eines Volkes, das um eine neue Gesellschaftsordnung ringt. Der Pappband (88 Seiten) kostet DM 2,80.

„Chantschula, das neue Land“ Der Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin, kündigt einen neuen Roman aus dem Leben in der Sowjetunion an. Leonid Salzew gibt in einer Schilderung aus dem Kolchosleben eine realistische Darstellung des sowjetischen Hinterlandes während des Krieges, aufgezeigt an dem Einzelschicksal eines Heimkehrers und der Geschichte seiner Ehe.

von D. Schostakowitsch, in der Kantate „Ruhm meinem Vaterlande“ von G. Schukowski, in den Liedern „Ueber Mark Osernoj“, „Ueber Olena Chobta“, „Ueber Maria Lyssenko“ von P. Malboroda.

Einen nicht minder wichtigen Zug in der Entwicklung der sowjetischen Literatur und Kunst stellt die schöpferische Zusammenarbeit der älteren Generation der Schriftsteller und Künstler mit dem Nachwuchs der fortschrittlichen sowjetischen Kunst dar. In den Listen der Stalin-Preisträger sehen wir neben den berühmten Schriftstellern und Künstlern der Sowjetunion wie F. Gladkow, S. Alan, N. Rylskij, Ws. Wischnewskij die Namen der begabten Jugend — A. Woloschin, I. Wassiljenko, A. Mussatow, K. Sedych, A. Jaschin und vieler anderer. Das ständige Wachstum der jungen Kräfte in der Literatur und Kunst, deren Name — nach den Worten J. W. Stalins — Legion ist und die danach streben, ihren Beitrag zum gemeinsamen Werk des kommunistischen Aufbaus zu leisten, stellt eine sichere Garantie weiterer Erfolge der sowjetischen Kultur dar.

Unter den Stalin-Preisträgern sehen wir Vertreter vieler Völker des multinationalen Sowjetlandes. In jeder sozialistischen Sowjetrepublik wächst die ihrem Inhalt nach sozialistische und ihrer Form nach nationale Kultur. Die Stärke der Sowjetkunst liegt in ihrer streitbaren Parteilichkeit. Die sowjetische parteiliche Kunst entlarvt

kühn die morsche bürgerliche Kultur mit ihrer Predigt des Menschenhasses, die faulen Theorien des bürgerlichen Kosmopolitismus, entlarvt die neuen Anwärter auf die Welt-herrschaft — die anglo-amerikanischen Imperialisten — und zeigt anschaulich den Zusammenschluß der gewaltigen Kräfte der Friedensanhänger. Der überaus wichtigen Aufgabe, die Eroberungspläne der Brandstifter eines neuen Krieges zu entlarven, sowie die gewaltigen Kräfte im Lager des Friedens und der Demokratie zu zeigen, dienen solche, mit Stalin-Preisen ausgezeichnete Werke, wie die Stücke „Der fremde Schatten“ von K. Simonow, „Die Stimme Amerikas“ von B. Lawrenow, der Gedichtband „Zwei Ufer“ von S. Rustam der Film „Die Jugend der Welt“, die Musikwerke „Jenseits des Araks“ von D. Dsangirow, „Für den Frieden“ von A. Manewitsch, die politischen Karikaturen und Zeichnungen der Maler B. Jofimow und B. Prorokow.

Ihre ganzen Erfolge verdankt die sowjetische Kultur der weisen Führung der Bolschewistischen Partei. Die großen Ideen Lenins und Stalins durchdringen das Schaffen sowjetischer Künstler. Die Partei hat sie mit der einzig richtigen schöpferischen Methode — der Methode des sozialistischen Realismus — ausgestattet. Die historischen Beschlüsse des ZK der KPdSU (B) über die ideologischen Fragen haben den Kulturschaffenden einen klaren Weg zu neuen schöpferischen Erfolgen gewiesen.

Deutsche Akademie der Künste

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, vollzog in der Deutschen Staatsoper durch einen feierlichen Staatsakt die Begründung der Deutschen Akademie der Künste. Zu ordentlichen Mitgliedern wurden berufen: die Dichter und Schriftsteller Johannes R. Becher, Berthold Brecht, Bernhard Kellermann, Hans Marschitzka, Anna Seghers und Arnold Zwegin, die Komponisten Max Butting, Hanns Eisler, Professor Ernst Meyer und Professor Ottmar Gerster, die Maler Professor Otto Nagel, Prof. Heinrich Ehmsen, Prof. Max Lingner, Professor Otto Pankok, der Bildhauer Gustav Seitz, der Architekt Professor Heinrich Tessenow, die Intendanten Wolfgang Langhoff und Ernst Legal, die Schauspielereinen Gerda Müller und Helene Weigel, der Regisseur Erich Engel und die Tänzerin Gerd Palucca.

Die Bühne der Deutschen Staatsoper war mit den Farben der Republik und einem Spruchband geschmückt, das als Aufschrift ein Wort Tolstoj trug: „Die Kunst ist eine Notwendigkeit für das Leben.“ Die Nationalhymne und die Orchestersuite in D-dur von Johann Sebastian Bach, gespielt vom Orchester der Staatsoper unter Nationalpreisträger Joseph Keilberth, eröffneten den Staatsakt, an dem viele Regierungsmitglieder, der Chef der Diplomatischen Mission der UdSSR, Botschafter Puschkin, Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission und der Volksdemokratien, sowie zahlreiche Künstler und Gelehrte teilnahmen.

Der Minister für Volksbildung, Paul Wandel, sagte in seiner Begrüßungsansprache u. a.: „Der heutige Tag wird als beachtliches Datum in die Chronik unseres Aufbaus eines neuen demokratischen Deutschlands eingehen. Wir fügen mit der Gründung der Deutschen Akademie der Künste einen neuen wichtigen Baustein in das Fundament.“ Er erinnerte daran, daß die Begründung der Akademie, der Fortsetzung der Preußischen Akademie der Künste, für immer mit dem Namen Heinrich Manns verbunden sei, und widmete dem Gedächtnis des großen demokratischen Dichters ehrende Worte, die die Versammlung stehend anhörete.

Präsident Wilhelm Pieck wies darauf hin, daß in der Akademie der Künste die kulturelle Tradition des deutschen Volkes unter den neuen Bedingungen unserer Repu-

blik ihre Fortführung finde. „Es ist Großes geleistet worden“, so sagte er. „Eine neue demokratische Kultur ist im Werden.“ Die Akademie könne ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie tief im Leben des Volkes verwurzelt sei, wenn sie an die großen deutschen Kulturüberlieferungen anknüpfe, ohne dabei die Pflege anderer nationaler Kulturen, nicht zuletzt der der sowjetischen Völker, zu vernachlässigen, und wenn sie sich stets als gesamtdeutsche Institution empfinde.

In seiner mehr als einstündigen Festrede gab Ministerpräsident Otto Grotewohl ein umfassendes Bild des Kampfes um eine fortschrittliche Nationalkultur des demokratischen Deutschland. Er formulierte die Hoffnungen, die das deutsche Volk an die Errichtung der Akademie knüpft, und betonte, daß es sich um Erwartungen, nicht um Verfügungen oder Vorschriften handle. „Was soll die Deutsche Akademie der Künste, ihrem Wesen nach sein? Nichts mehr und nichts weniger als die höchste Institution der Deutschen Demokratischen Republik im Bereiche der Kunst. Damit ist zugleich Ziel und Maßstab gegeben.“

Alfred Beierle gestorben

Für die ältere Generation, soweit sie fortschrittlich eingestellt war, ist der Name Alfred Beierle auf das engste verbunden mit dem Kampf um Sozialismus und Frieden. Der Schauspieler und Rezitator Beierle verkündete von der Bühne herab und vom Vortragstisch aus mitreißend und überzeugend die Worte der Dichter der ganzen Welt und machte sich zum Sprachrohr der Idee des Fortschritts. Wie alle Kämpfer für Frieden und Sozialismus war Beierle den Anfeindungen der reaktionären Kreise ausgesetzt. Jahrelang litt er unter dem Faschismus im Konzentrationslager. Nach 1945 wurde Beierle zunächst Leiter des Volksbildungsamtes in Berlin-Wilmersdorf. Aber er sah die Arbeit auf der Bühne und das aktivierende Wort als seine größere Aufgabe an. Auch als Schriftsteller und Rundfunksprecher war er bekannt und geschätzt. Mit allen fortschrittlichen Menschen seiner Zeit war Beierle eng verbunden wie kaum ein anderer, und viele Freunde werden um seinen Tod trauern. Ein treuer Kamerad, ein aufrichtiger Mensch und ein unerschrockener Kämpfer ist mit ihm dahingegangen.

Ein erfolgreiches Buch

Albert Nordens Buch „Lehren deutscher Geschichte“ ist vom Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau, in russischer Sprache herausgegeben worden. Eine tschechische Übersetzung des Werks erschien im Brüner Verlag Rovnost, eine polnische im Verlag „Książka i Wiedza“ in Warschau. Die deutsche Ausgabe (3. Auflage) ist vergriffen; der Dietz-Verlag bereitet die 4. Auflage vor.

Eine neue wirtschaftspolitische Zeitschrift

Das unter der Leitung von Prof. Dr. Kuczynski stehende Deutsche Wirtschafts-Institut Berlin veröffentlicht die erste Nummer der „Berichte des Deutschen Wirtschafts-Instituts“. Diese werden, wie einer beigegebenen Einführung zu entnehmen ist, in Einzeldarstellungen einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des In- und Auslandes geben. Weiterhin werden sie die neuesten Erkenntnisse der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftswissenschaft vermitteln und das jeweils neueste Material der amtlichen Wirtschaftsstatistik aller Länder verwerthen. Sie schließen damit eine Lücke in der Wirtschaftspublizistik der Deutschen Demokratischen Republik.

Die vorliegende erste Nummer enthält eine Arbeit „Abwertung und Westdeutscher Außenhandel — ein Kapitel aus der Marshall-Kolonialisierung Westdeutschlands“. Die umfangreiche, mit sehr vielen Einzeldarstellungen und Tabellen versehene Arbeit untersucht die Ursachen und Auswirkungen der von den USA befohlenen Abwertung der Westmark im vergangenen Jahre. Die sehr eingehende Untersuchung führt den lückenlosen Beweis, daß diese Maßnahme ein entscheidender Schritt zur völligen Kolonisierung Westdeutschlands war.

Der Breischer Altar

Langewiesche Bucherei

Das ausgehende deutsche Mittelalter zeltete in dem ersten Viertel des 16. Jahrhunderts in der Plastik und Malerei eine Kunst-richtung, welche die bürgerliche Kunstgeschichte — mit einem scheinbaren Widerspruch in sich selbst — als „spätgotisches Barock“ bezeichnet. Es ist eine Übergangskunst, aus dem deutschen Empfinden heraus geboren, die in der bildnerischen Darstellung tief im Volke wurzelt und Meister wie Veit Stof, den Schöpfer des Marienaltars, dem schwarzer Untand und Verrat der Nürnberger Pflefferskirche später nach Warschau trieb, hervorgebracht hat, und den oberhessischen Meister, Holzbildhauer und Graphiker H. L., den Bildner des Breischer Altars im Chor des Münsters dortselbst. Von seinem Namen sind nur die Initialen, H. L., mit denen er seine Werke signierte, bekannt. Über Herkunft und Werdegang liegt das Dunkel. Man kennt nur sein Werk, den schon genannten Breischer Hochaltar und 24 Kupferstiche, die sich in den Museen von München und Nürnberg befinden.

Im Zeitalter der Reformation und dem deutschen Bauernkrieg 1525, schuf der Meister diesen Altar (vollendet 1528), der in einer meisterlichen Gruppierung die Krönung Marias, umgeben von Gottvater und Christus, zeigt. Das religiöse Thema in der damaligen Kunst, von der zwar schon in ihrer weltlichen Macht zerbröckelnden Kirche des Feudalismus diktiert, und dennoch das Denken der Menschen dieser Zeit immer noch übermächtig beeinflussend, hat hier schon eine bewußt „weltliche“ Ausdeutung erfahren. Das zeigt sich in der Kraftvollen, ursprünglichen und fast naiven Gestaltung der Hauptfiguren der Madonna, Gottes und Christus, selbst der Märtyrer Stefanus und Laurentius. Keine christliche Entsendungsdemut in den Zügen, wie in Tilman Riemenschneiders „Folterkammergestalten“, sondern eine beinahe triumphierende Lebensbejahung, zumal in dem heiteren Lächeln der oberhessischen Madonna. Die Diesseitsfreude der sich von den Fesseln der Kirche befreienden Menschen findet hier, wie auch in den pausbäckigen Engeln und Putten der Krönung und denen Rankenwerks, einen lebendigen Ausdruck.

Das mit 48 Abbildungen geschmückte Buchlein ist für jeden Freund der handfesten Kunst des ausgehenden Mittelalters ein kleines Geschenk. (Preis kartoniert 2,40 DM)



7. Fortsetzung
In Nashville besuchte ich einen Rechtsanwalt, der lange Zeit mich davon zu überzeugen versuchte, daß es „niedere und höhere“ Rassen gibt. Er wiederholte die Theorien Rosenbergs und anderer Ideologen des Dritten Reiches. Später zeigte er mir einmal das Porträt seines Bruders, der am Rhein gefallen war. Ich sagte zu ihm: „Das ist eine bittere Ironie der Geschichte — Ihr Bruder ist im Kampf gegen die gleiche Theorie, die Sie verteidigen, gefallen.“ Der Rechtsanwalt zuckte mit den Schultern: „Mein Bruder ist für Amerika gefallen.“
In Amerika ist der Antisemitismus eine allgemein verbreitete Erscheinung; er wird von vielen gar nicht bemerkt. Es scheint vielen Amerikanern als selbstverständlich, daß dieser oder jener Geschäftsmann ausschließlich Arier einstellt, oder daß es Gaststätten gibt, zu denen Juden keinen Zutritt haben. Ein Amerikaner sagte mir: „Es ist doch nichts weiter dabei. Wenn ein Jude hier nicht eingestellt wird, dann wird er woanders eine Arbeit finden. Darf er das eine Gasthaus nicht betreten, kann er in ein anderes gehen. Wir haben ja zum Glück genügend komfortable Hotels.“ Wie kann ein solcher Amerikaner verstehen, daß es außer Komfort auch noch Menschenwürde gibt? In Newyork ist der Rassenfanatismus gezwungen, sich zu maskieren, aber diese Tarnung kann niemand täuschen. Man darf zum Beispiel nicht schreiben: Gasthaus Viktoria — Juden werden nicht zugelassen! Deshalb

schreibt man: „Gasthaus Viktoria — Beschränkte Klientel! Kirche in der Nähe!“ Jeder weiß ganz genau, was diese Formel bedeutet, und kein Jude wird das Gasthaus Viktoria betreten. Die Juden wissen auch sehr genau, daß die Seen im Staate Kentucky sehr malerisch gelegen, aber auch sehr gefährlich sind, denn in ihnen dürfen nur „Arier“ baden.
In Newyork leben zwei Millionen Juden; es gibt unter ihnen arme und reiche, berühmte und unbekannt. Nach der Verfassung sind sie alle vollberechtigte Bürger, aber zu jeder Stunde fühlen sie doch die Rassen-diskriminierung. Die Aufnahme an vielen Universitäten unterliegt einer (selbstverständlich getarnten) „Prozentnorm“. In einigen Gegenden Newyorks wird auf keinen Fall an jüdische Familien vermietet, und auch nur selten werden Juden in den Staatsdienst aufgenommen.
An der Westküste sind die Chinesen Parias; sie dürfen weder die Häuser noch die Restaurants und die Hotels betreten. Es gibt sogar Klubs und Gesellschaften, zu denen selbst ein Italiener keinen Zutritt bekommt — er ist ja ebenfalls ein Vertreter einer „niederen Rasse“. Besonders tragisch aber ist das Schicksal der Neger; in den Vereinigten Staaten gibt es über zwölf Millionen. Und wenn die Amerikaner immer wieder von ihren Rechten sprechen, so können wir ihnen erwidern, daß jedem zehnten Amerikaner das elementarste Recht genommen wurde, nämlich das Recht — Mensch zu sein.

In Washington lud uns ein vornehmer Amerikaner — ein Besitzer einer Yacht — zu einer Fahrt auf dem Potomac ein. Es war eine idyllische Landschaft. Wir sahen in einem Boot Neger. Da sagte die Gattin des Yachtbesitzers: „Sehen Sie, niemand verbietet den Negern, ebenfalls auf dem Fluß zu fahren.“ Sie erwartete, mich gerührt zu sehen, aber ich wurde zornig, und sagte alles, was ich über die Unterdrückung der Rassen dachte. Die charmante Amerikanerin lächelte: „Wenn Sie eine Tochter hätten... wären Sie damit einverstanden, daß sie einen Neger heiratet?“ Ich antwortete ihr, daß dies lediglich davon abhängen würde, was es für einen Neger wäre. Sie schenkte mir keinen Blick: „Sie wollen nur ein Original sein!“ Später hörte ich diese Frage mindestens hundertmal — wahrscheinlich ist sie der beliebteste Ausspruch der Rassistes. Und mindestens hundertmal gab ich die gleiche Antwort, die ich auch der Dame auf der Yacht gegeben hatte, aber keiner glaubte mir... Die Newyorker betonen gern den Liberalismus der Nordstaaten. „Unsere Großväter haben gegen die Sklaverei gekämpft“, sagen sie. In den Städten des Nordens und des Südens gibt es Denkmäler für die Gefallenen des Krieges von 1861—1865; der Süden preist die „Vereidigung der Freiheit“ (das heißt der Sklaverei), und der Norden preist die „Siege“. Ja, auf dem Schlachtfeld siegte der Norden; die Truppen der Sklavenhalter waren geschlagen worden. Aber immer, wenn ich Amerika bereite, hatte ich den Eindruck, daß die Besiegten gesiegt haben, denn der Süden hat nicht nur alle Gewohnheiten der Sklaverei behalten, sondern er hat sie auch an den Norden weitergegeben.

Das Institut zum Studium der öffentlichen Meinung ließ vor einiger Zeit einen Fragebogen zirkulieren, in dem gefragt wurde, ob den Farbigen Gleichberechtigung in der Arbeit eingeräumt werden soll (nur in der Arbeit). Vierunddreißig Prozent der Befragten sprachen sich für eine Milderung der Rassendiskriminierung aus. Sechszwanzig Prozent dagegen waren für ihre volle Aufrechterhaltung.
Die Verfolger haben sogar die Verfolgten mit ihrem Rassenfanatismus angesteckt, denn auch unter den Negern gibt es eine Aristokratie — die Mulatten. Einmal hörte

ich, wie ein Neger über eine Negerin sagte: „Ich bin ihrer nicht würdig, denn sie hat fast eine weiße Haut...“ Ich lernte Neger kennen, die Antisemiten waren, und ich lernte Juden kennen, die versicherten, daß die weiße Rasse der schwarzen überlegen sei.

XV

Manchmal flüchte ich aus dem Zentrum Newyorks nach Harlem, in die Negerstadt — das schwarze Getto. Dort gibt es mehr als genug Schmutz und Armut, aber nur sehr wenig von der prachtvollen amerikanischen Lustig. Und doch sind die Menschen dort jung, einfacher, menschlicher; das Volk auf den Straßen Harlems erinnert an das Volk der stauropäischen Hafenstädte. Die Neger müssen in Harlem wohnen, weil in den anderen Vierteln Newyorks nicht an sie vermietet wird. Ein Loch in Harlem ist teurer als ein anständiges Zimmer in einem anderen Viertel. Sie wohnen in Harlem, aber morgens gehen sie in die „weißen Viertel“ zur Arbeit, als Müllkutscher und Fahrstuhlführer, als Boten und Offensetzer, als Wächter und Maurer; weil sie schwarz sind, müssen sie Tagelöhnerarbeit verrichten, sie werden ausgebeutet, schlecht behandelt und verspottet.

Theoretisch gibt es in Newyork eine Gleichberechtigung der Rassen. Es ist verboten, einem Neger aus einem Lokal zu wegnen, indem man ihm sagt: „Gehen Sie, denn Sie sind ein Neger.“ Aber man darf zu ihm sagen: „Es sind alle Tische besetzt“, auch dann, wenn alle Tische frei sind. Gesetz ist Gesetz, aber kein einigermaßen anständiges amerikanisches Restaurant wird einem Neger Zutritt gewähren. Ich wollte einige mir bekannte Neger — in einem Journalisten und einen Musiker — in mein Hotel einladen; ich wohnte im 14. Stockwerk, aber vorher wurde mir bereits mitgeteilt, daß die Neger den Fahrstuhl nicht benutzen dürfen, und daß man ihnen sagen würde, daß der Fahrstuhl außer Betrieb sei.

Newyork wird als die progressivste Stadt Amerikas angesehen. Einmal besuchte ich die Redaktion einer der progressivsten Zeit-schriften dieser progressiven Stadt. Dieser Redakteur wollte vor mir mit Progressivität angeben und sagte: „Bei uns arbeiten

Wartezeit muß wegfallen!

Schopfheim. Als organisierter Arbeiter eines Textilbetriebes und als Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse wende ich mich mit folgenden Worten sowohl an die Gewerkschaften, als auch an die übrige interessierte Öffentlichkeit.

Seit einer Reihe von Jahren besteht eine dreitägige Wartezeit bei Erkrankung eines Mitgliedes. Es war und ist dies von jeher eine große soziale Ungerechtigkeit und Härte für den Erkrankten selbst, ganz besonders aber, wenn der Erkrankte der Ernährer der Familie ist. Sei das nun Mann oder Frau. Die Lebenshaltungskosten sind in den letzten Jahren ungeheuer gestiegen und es wäre deshalb ein Gebot der Stunde, in Anbetracht der geringen Höhe des Krankengeldes und der enormen Preise, die Aufhebung der dreitägigen Wartezeit durchzuführen. Dies wäre nur ein Akt der Gerechtigkeit, da ja jedes Mitglied vom ersten Tag seines Beitritts an seinen Beitrag in voller Höhe bezahlen muß und wie jedem bekannt sein dürfte, sind die Beitragszahlungen bei der Krankenkasse um ein erhebliches heraufgesetzt worden.

Generalversammlung der Holzarbeiter Emmendingen. Die diesjährige Generalversammlung der Gewerkschaft der Holzarbeiter wies einen guten Besuch auf. Vorsitzender Karl Zahn konnte in seiner Begrüßungsansprache die erfreuliche Tatsache feststellen, daß sich eine große Zahl junger Kollegen eingefunden hatte. Der Tätigkeitsbericht gab Aufschluß über die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit. Die Vorstandswahl brachte keine Änderung; der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Im Verlaufe der Tagesordnung wurden einige Anträge behandelt. Die Versammlung sprach sich auch gegen einen Anschluß nach Freiburg aus, unter allen Umständen müsse die Zahlstelle Emmendingen erhalten bleiben.

Bürgerversammlung Häusern. (Volkskorp.) Am vergangenen Donnerstag fand in Häusern eine öffentliche Gemeinde- und Bürgerversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: Beitrag für die durch die Viehseuche geschädigten Bürger, Kirchenuhrbeschaffung, Waldgrundstückkauf, Brückenbau Traktorkauf und die Platzfrage für ein Kinderheim.

Bürgermeister Zunkler eröffnete die Versammlung. Nach Bekanntgabe der mit TB verseuchten Viehställe, sowie der seuchenfreien Ställe wurde nach reger Aussprache und Beratung einstimmig der Beschluß gefaßt, daß den durch die Viehseuche geschädigten Bürgern von der Gemeinde eine Entschädigung von DM 100,- pro Stück Vieh bezahlt wird. Von den beiden verseuchten Gemeindefarmen wird einer sofort verkauft.

Verlängerte Sonntagsrückfahrkarten an Ostern. Freiburg. Die Sonntagsrückfahrkarten für die Hin- und Rückfahrt auf Donnerstag, 6. April, 12 Uhr, bis Ostermontag, 10. April, 24 Uhr, Rückfahrt an diesen Tagen bis Dienstag, 11. April, 24 Uhr. Die Sonntagsrückfahrkarten an Ostern gelten als Festtagsrückfahrkarten in allen Verbindungen. Die FD-Züge (jedoch nicht FDT-Züge) können gegen Zahlung der vollen tariflichen Zuschläge benutzt werden.

Renten-Auszahlung. Triburg. Beim hiesigen Postamt werden die Militärenten am Mittwoch, 29. März, die Angestellten-, Invaliden- und Unfallrenten am Samstag, 1. April, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr ausbezahlt. Die Versorgungsberechtigten werden gebeten, die Auszahlungzeit einzuhalten.

50 000 DM Brandschaden. Waldshut. In Mettenberg brach in einem landwirtschaftlichen Anwesen Feuer aus. Sämtliche Heu- und Strohvorräte, das Mobiliar usw., verbrannten. Nur das Großvieh konnte gerettet werden. Der Brandschaden wird auf 50 000 DM geschätzt. Die Brandursache ist unbekannt.

Schlufffeier der Landwirtschaftsschule Mühlheim. Mühlheim. Im festlich geschmückten Rathaussaal fand am vergangenen Freitag die Schlufffeier der Landwirtschaftsschule Mühlheim statt. Neben den Vertretern des landwirtschaftlichen Hauptverbandes, des Landratsamtes, der Stadt, der anderen Schulen Mühlheims, konnte Reg.-Landw.-Rat Mauch viele Eltern der Schüler und Schülerinnen und eine

stättliche Anzahl interessierter Landwirte des Landkreises begrüßen. Die anschließende öffentliche Prüfung gab Einblick in die Arbeit des vergangenen Winterhalbjahres und legte Zeugnis ab von dem vielseitigen und reichhaltigen Wissen und Können, das sich die Schüler in so kurzer Zeit angeeignet hatten.

Waldkircher Doppelmord wird gesühnt

Waldkirch. Noch zu gut ist die grauenvolle Ermordung des Ehepaares Kuri in der Nacht zum 7. Februar 1949 in Erinnerung. Die vier flüchtigen Täter sind inzwischen gefaßt worden. Drei von ihnen trieben sich in Württemberg herum und wurden auf dem Bahnhof Rottweil festgenommen. Dem vierten Verbrecher gelang es, ins Ausland zu entkommen, wo er kürzlich in Innsbruck verhaftet und seiner Auslieferung entgegenseht. Die drei in Rottweil Festgenommenen leugneten die Tat anfänglich ab, gaben aber nach Gegenüberstellung des Dienstmädchens der Ermordeten inzwischen die Tat zu.

Es steht noch nicht fest, ob der Mordfall von dem Militärtribunal oder dem Schwurgericht Freiburg verhandelt werden wird.

Sie fürchten neue Währungsreform

Ueberlingen. Zwei junge Männer aus Ueberlingen hatten aus dem Auto eines Geschäftsmannes 14 800 DM gestohlen. Da sie eine neue Währungsreform fürchteten, legten sie das Geld in Schmucksachen an. Da die fällige Strafe unter sechs Monaten Gefängnis betragen hätte, fiel sie unter die Amnestie und die beiden wurden entlassen.

Gerissene Schmugglerin

Konstanz. Mühselig klettert ein altes Mütterchen aus dem Zuge und humpelt zur Zollkontrolle. In den Händen trägt sie einen alten, etwas schäbigen Leinwandbeutel und eine Handtasche, die das vorige Jahrhundert bereits gesehen hat. Sie will in die Schweiz, die alte Frau, zu ihren Kindern, die dort leben. Eine genaue Kontrolle kann man der Greisin ersparen, denken die Zollbeamten, und mehr aus Neugierde als aus Pflicht tut einer von ihnen einen Griff in den alten Sack. Was soll schon darin sein? Plötzlich fördern seine Hände ein Bündel Banknoten ans Tageslicht. Und gleich 8000 Dollar in bar. Natürlich sehen sich die Hüter des Gesetzes den Inhalt des Sackes etwas genauer an und siehe, es kamen noch etwa 50 000 Dollar in Wertpapieren zum Vorschein. Die humpelnde Alte versah den Kurierdienst für eine internationale Schmugglerbande, die glaubte, auf diese Art die Devisen ungefährdet in die Schweiz transportieren zu können.

Rücksicht am falschen Platz

Konstanz. In mindestens 50 Fällen hat sich ein 38jähriger Malermeister von der Insel Reichenau innerhalb von zwei Jahren an Kindern vergangen. Seiner Untaten wegen wurde er am Dienstag von einem Gericht in Konstanz zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Er wird nach Verbüßung seiner Strafe in eine Heil- und Pflegeanstalt gebracht werden. Bei der Verhandlung stellte es sich heraus, daß Bewohner der Insel Reichenau schon mindestens ein Jahr vor der Festnahme des Unholdes von dessen Vergehen wußten. Der Hauptzeuge, ein Oberwachmeister, der die Erhebungen geleitet hatte, sagte, auf der Insel Reichenau seien „Hinz und Kunz“ derart verschwägert, daß niemand Anzeige erstatten habe. Der Angeklagte, der von einem Gerichtspsychiater als infantiler, gemütsflacher Psychopath bezeichnet wurde, dem der Paragraph 51 zugebilligt werden müsse, erklärte sich in allen Fällen für schuldig. Der Oberstaatsanwalt wandte sich in seinem Plädoyer scharf gegen die „aus nachbarlicher Rücksicht geübte bürgerliche Freiheit“.

Das sind die „Erfolge“ eines Krieges

Karlsruhe. (Iwb) Mehr als zehn Prozent der Einwohner Nordbadens haben nach Mitteilung der Landesversicherungsanstalt auf Grund des Körperbeschädigten-Leistungsgesetzes Unterstützung beantragt. Nach Ansicht des Chefarztes der Anstalt können zu den Antragstellern jeweils drei bis vier Familienangehörige hinzugerechnet werden, so daß fast die Hälfte der Bevölkerung an den Unterstützungen beteiligt sei. In Nordbaden ständen die Ausgaben für Unterstützungen hinter den Besatzungskosten an zweiter Stelle im Haushaltsplan. Etwa ein Viertel aller Ausgaben im Landesbezirk Nordbaden entfalle auf die Körperbeschädigten.

SPORT-ECHO der Woche

Pfingsten zum Deutschlandtreffen

Wie stark das Interesse ist, das auch unsere Sportler des Westens an den kommenden Tagen in Berlin nehmen, beweisen die täglich neu einlaufenden Meldungen von vielen Sportgruppen und bekannter Spitzenkämpfer. So konnten wir vor einigen Tagen in den Tageszeitungen lesen, daß sich die Schützlinge des Veranstalters Tomford, Richard Grupe, Hoepfner, Raeschke u. a. zu der Friedenskundgebung bekannt haben. Neben der sportlichen Seite, welche die Tage in Berlin haben, ist dies ein klares Bekenntnis zur Einheit Deutschlands. Die Vorbereitungen sind noch lange nicht abgeschlossen, aber wir wissen heute schon, daß sich noch Tausende von Sportlern zum Deutschlandtreffen melden werden. Sie werden alle dazu beitragen, eine künstliche Schranke zu überwinden, indem sie sich zu einer echten Sportkameradschaft mit ihren Brüdern aus der Deutschen Demokratischen Republik bekennen. Damit sind auch die Sportler Kämpfer für den Frieden und die Einheit Deutschlands.

Wir wissen, daß eine gewisse Clique unvernünftiger „Politiker“ durch ebenso gemeine wie verwerfliche Verdächtigungen versucht, eine Panikstimmung unter den Menschen der Westzone zu verbreiten. Sie wird aber abfallen, an dem geschlossenen Willen für den Frieden, und auf sie selbst zurückfallen. Zu offensichtlich sind ihre Bemühungen, als daß man den Zweck nicht erkennen würde. Wir Sportler haben ein

sicheres Auge und ein Gefühl für „Fairplay“. Das sei denen gesagt, die mit der „Kritiklosigkeit“ der Sportler rechnen.

„Torpedo“ Moskau dankt der BSG Thale

„Im Namen der Fußballmannschaft „Torpedo“ des Stalin-Autowerkes dankt Ihnen der Zentralrat des Sportvereins für Ihre Glückwünsche anlässlich der Erringung des Ehrenpreises — des Fußballpokals der UdSSR — durch die Fußballmannschaft, sowie für die Wünsche zu weiteren Erfolgen. Der Sportverein „Torpedo“ besteht bei der Gewerkschaft der Arbeiter der Auto- und Traktorenindustrie und vereint die Metallarbeiterjugend, die in den Auto-, Traktoren- und anderen Werken arbeitet. Es wäre deshalb für uns interessant, von Ihnen Berichte über den Sport im demokratischen Deutschland zu erhalten.

Wir hoffen, daß der weitere Gedankenaustausch die Errichtung und Entwicklung der Freundschaft zwischen den deutschen und den sowjetischen Sportler fördern wird. Mit Gruß. Der Vorsitzende des Zentralrates des Freiwilligen Sportvereins, „Torpedo“, gez. N. Glebow.

Dieses Schreiben richtete „Torpedo“ Moskau als Antwortschreiben an die BSG EHW Thale und liefert damit einen Beweis beginnender Sportfreundschaft zwischen sowjetischen und deutschen demokratischen Sportlern.

Sport in der Sowjetunion

Neue Sportstätten in der Sowjetunion

In Kiew wurde vor kurzem ein Palast für Körperkultur eröffnet, der für die Sportler des Klewer Bezirks bestimmt ist. Das neue Gebäude ist aus den Fundamenten der von den Deutschen zerstörten Kavalierie-Manege errichtet worden, der Hauptsaal ist 20 m breit und 104 m lang. Er hat eine Hallenbahn, Anlagen für Spung- und Wurfübungen, Basket- und Volley-Ballplätze sowie einen Tennisplatz aufzuweisen. Ferner ist er mit allen notwendigen Turngeräten ausgestattet. Die Tribünen bieten zunächst 300 Zuschauern Platz, die Zahl der Plätze soll jedoch auf 750 erhöht werden. Geplant ist ferner die Anlage eines Schwimmbeckens von 8 mal 25 m, sowie verschiedene Räume für Sportler und Publikum.

Im Nowosibirsker Werk „Trud“ wurde ein neuer Saal für Körperkultur eingerichtet, der mit Barren, Reck und anderen Turngeräten ausgestattet ist. Die Sportler unter den Arbeitern des Werkes haben Scheibenstangen und Rundgewichte selbst angefertigt. Ferner wurde auf dem Werk eine Hindernismauer gebaut. Eine Reihe der in dem Werk bestehenden Sportsektionen hat bereits mit Übungen im Turnen und Gewichtheben begonnen. Auch die Volleyball-Spieler befinden sich im vollen Training.

Stichtag für Profi-Erklärung 1. Mai

Der ursprünglich auf 1. April 1950 anberaumte Termin, bis zu dem sich die Vereine des Süddeutschen Fußballverbandes innerhalb des Verbandsgebietes entweder für das Amateur- oder für das Vertrags-spielerstatut entscheiden müssen, ist nach Mitteilung des Süddeutschen Fußballverbandes vom Freitag, 1. Mai 1950 verlegt worden. Mit dieser Maßnahme soll es im Interesse der Vereine vermieden werden, im jetzigen Stadium der Verbandsspiele und solange die Organisationsprobleme spieltchnischer Art im SFV-Verbandsgebiet noch nicht eindeutig geklärt sind, eine Entscheidung herbeizuführen, die für die Zukunft der einzelnen Vereine von weittragender Bedeutung sein kann.

Mühlburgs ungarischer Mittelstürmer verschwunden

Der vor vier Wochen dem VfB Mühlburg beigetretene ehemalige Budapest Spieler Andreas Toth hat am Donnerstag Karlsruhe mit unbekanntem Ziel verlassen. In einer Erklärung des VfB Mühlburg heißt es, daß Toth nicht die charakterlichen Eigenschaften besessen habe, die von einem Oberligaspieler verlangt würden. Die Vereinsleitung habe dem Spieler Toth diesen Mangel eröffnet und ihm eine Rüge erteilt. Daraufhin habe Toth Karlsruhe verlassen.

Eine Ländermannschaft der Deutschen Demokratischen Republik wird voraussichtlich bei der 3. Amateur-Radfernfahrt Prag - Warschau starten; die auf 1. Mai beginnt und über 1000 km führt. Außer Polen und Tschechoslowakei nehmen Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Frankreich teil.

Quer durch den Sport

Wieder Hallenradsport-Veranstaltungen in Singen

Die großen Erfolge, die vor dem Kriege durchgeführten Hallenradsport-Veranstaltungen veranlassen den Radsport-Verein, dem Wunsche von in- und ausländischen Sportfreunden nachkommend, in diesem Jahre mit einem größeren Programm an die Öffentlichkeit zu treten.

Stefan Spöhr, ein Begriff in der internationalen Radsportwelt, ist als unermüdlicher Organisator daran, Singen in den Mittelpunkt radsportlicher Ereignisse zu stellen. Er teilt uns mit, daß im Herbst eine zweitägige Großveranstaltung in der Scheffelhalle zur Durchführung gelangt. Um eine Spitzenbesetzung zu erreichen, wird er anlässlich der deutschen Hallenradsportmeisterschaften, die Meister persönlich nach Singen verpflichten. Besonders erfreulich ist, daß die Rollschuhsportler mit einbezogen sind. Zur Durchführung dieser Veranstaltungen ist geplant, die Zuschauerplätze überhöht zu bauen.

Badische Waldlaufmeisterschaften in Altschweier

Die Waldlaufmeisterschaften Nord- und Südbadens werden am 2. April in Altschweier bei Bühl stattfinden. Ausgetragen werden Meisterschaftsläufe der Männer über 6000 m, der Frauen über 800 m und der Jugend a-c über 3000 m.

Revanche Südwest - Bayern in Ludwigshafen

Der Vorsitzende des Bayerischen und des Süddeutschen Fußballverbandes, Hans Huber (München), und der Vorsitzende des Südwestdeutschen Fußballverbandes, Karl Fahrbach, haben ein Spiel zwischen den beiden Landesverbänden abgeschlossen, das als Revanche für das Endspiel um den Länderpokal in Stuttgart Neckarstadion gilt. Das Spiel soll noch vor Ablauf der diesjährigen Saison in Ludwigshafen stattfinden.

Radrennen auf der Pforzheimer Radrennbahn

Auf der Pforzheimer Radrennbahn wird am 28. Mai zum ersten Mal seit Kriegsende wieder ein gaufoffenes Radrennen stattfinden. Ferner werden am 2. Juli auf der Pforzheimer Radrennbahn die Gaumeisterschaften im Bahnrennen ausgetragen.

„Odenwaldring“ am 25. Mai

Die „Oberste Motorsportkommission“ hat das Rennen auf dem „Odenwaldring“ auf den 25. Mai festgesetzt. Das Rennen wird

dem Nachwuchs vorbehalten bleiben. Die Finanzierung des Rennens ist durch Beiträge der Städte Waldlirn, Buchen und Adelsheim und durch private Spenden gesichert. Die Rennstrecke liegt bei dem Dorf Oberneudorf in der Nähe von Buchen. Veranstalter ist die ADAC-Kreisgruppe Tauberbischofsheim/Buchen.

Termine für die süddeutschen Handballmeisterschaft

Vom süddeutschen Handballverband wurde folgender Terminplan aufgestellt:

- 26. März: 1. FC Nürnberg — Fischau/Göppingen
- 2. April: Frischau Göppingen — Hessenmeister; TSV Rot — 1. FC Nürnberg
- 9. April: TSV Rot — Frischau Göppingen; 1. FC Nürnberg — Hessenmeister
- 16. April: Frischau Göppingen — 1. FC Nürnberg; TSV Rot — Hessenmeister
- 23. April: Hessenmeister — Frischau Göppingen; 1. FC Nürnberg — TSV Rot
- 30. April: Frischau Göppingen — TSV Rot; Hessenmeister — 1. FC Nürnberg

Terminänderungen in der süddeutschen Oberliga

Wegen des Protestes verschiedener Vereine der süddeutschen Oberliga ist die kürzlich abgeänderte Terminliste der süddeutschen Oberliga im Einvernehmen mit allen Vereinen revidiert worden, damit unbillige Härten vermieden werden.

Der Terminplan für 2. April bleibt bestehen. Das Spiel Stuttgarter Kickers — 1860 München am Ostersonntag wurde abgesetzt. Dafür spielen Schwaben Augsburg — Stuttgarter Kickers, und am Ostermontag 1860 München — Eintracht Frankfurt. Alle anderen Paarungen bleiben bestehen.

Am 16. April fällt das Spiel 1860 München — Eintracht Frankfurt aus. Dafür spielt VfB Mühlburg — 1860 München. Die Spiele vom 22. April bis einschließlich 7. Mai werden wie angesetzt ohne Änderungen ausgeschrieben.

Am 14. Mai fallen die Spiele Schwaben Augsburg — Stuttgarter Kickers und VfB Mühlburg — 1860 München aus. Dafür spielen die Stuttgarter Kickers — 1860 München (13. 5.). Alle anderen Paarungen bleiben bestehen.

AUF TÖNENDER LEINWAND ZEIGEN:

<p>Harmonie-Lichtspiele</p> <p>Dienstag bis Donnerstag! Nur 3 Tage!</p> <p>Eine Komödie um 3 junge Ehen</p> <p>Hertha Feiler - Peter Passetti - Hans Nielsen - Erich Ponto - Albert Florath - Hilde Classen, in</p> <p>Die kupferne Hochzeit</p> <p>7 Jahre Ehe heiter betrachtet!</p> <p>Ein Film voller Charme, bezaubernd und echt wie sein Schauplatz am Tegernsee - Regie: Heinz Rühmann</p> <p>Jugendfrei!</p> <p>Tägl.: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr. Vorverk. tägl. von 10-12 Uhr.</p>	<p>Union-Theater</p> <p>Bis Donnerstag!</p> <p>Das Tagesgespräch von Freiburg</p> <p>Ein Film aus dem Leben, den man gesehen haben muß!</p> <p>Vom Mädchen zur Frau</p> <p>Ein Aufklärungsfilm über die Beziehungen der Geschlechter.</p> <p>Ein Sittengemälde unserer Zeit!</p> <p>Jugendverbot bis 16 Jahre.</p> <p>Tägl.: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr.</p>	<p>Friedrichsbau und Zentral gleichzeitig in beiden Theatern</p> <p>Nur noch bis einschl. Donnerstag!</p> <p><i>Endlich! nach seinem Siegeszug im die Welt...</i></p>  <p>WALT DISNEY'S <i>berühmtesten Farbfilm Wunder</i> Schneewittchen und die sieben Märgel (SHOW WHITE AND THE SEVEN DWARFS) IN DEUTSCHER SPRACHE</p> <p>Antangzeiten: Zentral: Tägl. 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr Friedrichsbau: Tägl. 14.30, 16.30, 18.30 Uhr</p>	<p>Casino-Lichtspiele</p> <p>Bis einschl. Donnerstag!</p> <p>Eine gigantische Farbfilm-sinfonie des Urwaldes!</p> <p>Gregory Peck, Jane Wyman, Claude Jarman, jr.</p> <p>Ein neuer Jackie Googan</p>  <p>Die WILDNIS</p> <p>Ein packender Farbfilm um das ewige Geheimnis der Natur und den gefährlich-tödlichen Zauber der Wildnis!</p> <p>Fox tönende Wochenschau</p> <p>Jugendfrei!</p> <p>Tägl.: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr.</p>
<p>Hypnose</p> <p>Kurzes Sensations-Gastspiel</p> <p>WANYA YOGA</p> <p>der unübertreffliche Meister der</p> <p>Massen-Suggestion!</p> <p>2 Stunden Staunen u. Lachen über die Wirkung u. Wunder der Suggestion!</p> <p>Hierzu ein ausserordentliches</p> <p>VARIETE-PROGRAMM</p> <p>Ellen Glück, die Meisterin des Herren- u. Kreuzspakates</p> <p>Erika Anders, Jongleur-Akt</p> <p>Fortunata, Solotänzerin</p> <p>Mario-Show, Internat. Musikal-Tanz- u. Akrobatik-Akt</p> <p>Nur bis einschließlich 31. März,</p> <p>sur noch 4 Tage</p> <p>allabendlich 20.30 Uhr.</p> <p>GASINO-Kabarett</p>		<p>THEATER-LICHTSPIELE</p> <p>Sedanstraße Telefon 3393</p> <p>Bis einschl. 30. März 1950</p>  <p>Der Millionär</p> <p>Dazu</p> <p>Neue Deutsche Wochenschau Nr. 8</p> <p>14.15 16.30 18.45 21.00 Uhr Vorverkauf: tägl. 10-12.30 Uhr.</p> <hr/> <p>Die Zeitung der Schaffenden ist UNSER TAG</p>	